



Beiträge zur Ballungsraumforschung

Heft 21

Justus Johannes Schwingel

Die demographische Entwicklung im Ruhrgebiet.

Ökonomische Folgen und Handlungsperspektiven

Bochum 2026

Herausgeber:

RUFIS

Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik e.V.

Universitätsstr. 150
D-44801 Bochum
Tel. 02 34 / 32 25 332

info@rufis.de
www.rufis.de

Vorstandsvorsitzende:

Prof. Dr. Nicola Werbeck

Beiträge zur Ballungsraumforschung

Heft 21
Bochum 2026

Kontakt zum Verfasser: justus@schwingel.biz

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
I Einleitung.....	5
2 Theoretische Grundlagen der demographischen Entwicklung.....	6
2.1 Begriffe und Dimensionen der Demographie	6
2.2 Modelle und Theorien der Bevölkerungsentwicklung	8
2.3 Wirtschaftliche und sozialstaatliche Auswirkungen demographischer Entwicklungen.....	9
3 Das Ruhrgebiet – Raumstruktureller und historischer Kontext.....	11
3.1 Historische Entwicklung des Ruhrgebiets.....	11
3.2 Verwaltungsstruktur und Besonderheiten eines polyzentrischen Verdichtungsraumes	14
3.3 Ökonomische Ausgangslage	15
4 Die demographische Entwicklung im Ruhrgebiet	16
4.1 Historische Bevölkerungsentwicklung.....	16
4.2 Aktuelle Bevölkerungsstruktur.....	19
5 Auswirkungen der demographischen Entwicklung im Ruhrgebiet.....	24
5.1 Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel	24
5.2 Öffentliche Finanzen, Daseinsvorsorge und Infrastruktur	29
5.3 Gesamtwirtschaftliche Einordnung	33
6 Handlungsperspektiven und Strategien	34
6.1 Handlungsperspektiven für den Arbeitsmarkt und für die Fachkräftesicherung ..	34
6.2 Handlungsperspektiven für öffentliche Finanzen, die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur.....	37
6.3 Bedingungen für die Umsetzung und Bewertung möglicher Maßnahmen	39
7 Fazit	40
Literaturverzeichnis.....	42

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Bevölkerung des Ruhrgebiets zwischen 1871 und 2024.....	17
Abbildung 2: Alterspyramide des Ruhrgebiets (5-Jahres Gruppen) nach Geschlecht. Insgesamt und Ausländeranteil.....	20
Abbildung 3: Zeitverläufe ausgewählter Anteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet von 2008 bis 2024	27

I Einleitung

Das Ruhrgebiet zählt mit rund 5,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern auf etwa 4.400 km² zu den größten und am dichtesten besiedelten Ballungsräumen Europas und ist historisch als polyzentrischer Verdichtungsraum gewachsen.¹ Zugleich ist die Region seit Jahrzehnten durch einen tiefgreifenden Strukturwandel geprägt, dessen Wurzeln in der Krise und dem schrittweisen Rückzug der Montanindustrie liegen, welche mit dem Aus der deutschen Steinkohleförderung im Dezember 2018 endgültig ihr Ende fand.² Diese Transformationsgeschichte ist eng mit Wanderungsbewegungen verbunden, denn das Ruhrgebiet war und ist ein Anziehungsraum für Zuwanderung, wodurch demographische und sozioökonomische Strukturveränderungen in besonderer Weise sichtbar werden.³

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Analyse demographischer Entwicklungen als Bestandteil regionalökonomischer Diagnosen an Bedeutung. Demographie untersucht Bevölkerungsstände und deren Veränderung sowie die grundlegenden Komponenten dieser Entwicklung und betrachtet außerdem Verteilungen und Zusammensetzungen der Bevölkerung als zentrale Strukturmerkmale.⁴ Ökonomisch sind demographische Prozesse relevant, weil sich mit der Altersstruktur u. a. Erwerbspersonenpotenziale, fiskalische Belastungen und Investitions- bzw. Ausgabenbedarfe verändern können.⁵

Ziel dieser Arbeit ist es, die demographische Entwicklung im Ruhrgebiet empirisch nachzuzeichnen und einige der damit verbundenen ökonomischen Folgen herauszuarbeiten. Daraus leitet sich die Forschungsfrage ab, wie sich Alterung, Schrumpfungstendenzen und Wanderungsdynamik im Ruhrgebiet darstellen und über welche ökonomischen Mechanismen diese Entwicklungen auf zentrale regionale Handlungsfelder wirken. Ergänzend wird gefragt, welche Handlungsperspektiven sich daraus unter den spezifischen Rahmenbedingungen des polyzentrischen Ruhrgebiets ableiten lassen.

Inhaltlich fokussiert sich die Arbeit auf drei Felder, in denen die ökonomischen Folgen demographischer Verschiebungen typischerweise besonders deutlich sichtbar werden: Arbeitsmarkt und Fachkräfte, öffentliche Finanzen sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

¹ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2021), S. 3.

² Vgl. Dahlbeck et al. (2021), S. 20; Häuser (2019), S. 49.

³ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2021), S. 10.

⁴ Vgl. Weeks (2021), S. 5; Wehrhahn und Le Sandner Gall (2021), S. 15.

⁵ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 39-42.

Methodisch kombiniert die Untersuchung eine Literaturlauswertung zu demographischen Grundbegriffen, Erklärungsansätzen und ökonomischen Wirkungsmechanismen mit einer empirisch-deskriptiven Analyse der Region. Die demographische Bestandsaufnahme beruht dabei hauptsächlich auf Daten des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen sowie auf regionalstatistischen Publikationen und Datensätzen des Regionalverbandes Ruhr. Ausgewertet werden Indikatoren zur Altersstruktur, zur natürlichen Bevölkerungsbilanz und zu Wanderungssalden sowie ausgewählte arbeitsmarkt- und finanzbezogene Kennziffern. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden anschließend in Handlungsperspektiven überführt, welche wiederum entlang der Kriterien zeitliche Wirksamkeit, fiskalische Realisierbarkeit und politische Steuerung sowie Umsetzbarkeit bewertet werden. Aufgrund der deskriptiven Anlage und der verwendeten Regionaldaten können Zusammenhänge zwar eingeordnet, jedoch keine kausalen Wirkungen im engeren Sinne nachgewiesen werden. Die Arbeit leistet damit eine empirische Diagnose als Grundlage für Handlungsperspektiven.

Für Personenbezeichnungen setzt diese Arbeit das generische Maskulinum ein. Dennoch bezieht sie sich mit diesem auf alle Geschlechter, außer es wird explizit auf eine Ausnahme hingewiesen.

2 Theoretische Grundlagen der demographischen Entwicklung

2.1 Begriffe und Dimensionen der Demographie

Demographie befasst sich mit Umfang, Struktur und räumlicher Verteilung von Bevölkerungen sowie den Prozessen, durch die sich diese Merkmale verändern.⁶ Die wirtschaftswissenschaftliche Debatte über Bevölkerungsentwicklung konzentrierte sich lange Zeit nur auf die Bevölkerungsgröße und das -wachstum. Daraus resultierte, dass die zentrale Dimension der Altersstruktur und deren Entwicklung unterschätzt wurde.⁷

Im Kern wird Bevölkerungsentwicklung durch drei grundlegende Prozesse bestimmt: Fertilität (Geburten), Mortalität (Sterblichkeit) und Migration (Wanderung). Diese Prozesse wirken unmittelbar auf den Bevölkerungsumfang und mittelbar auf die Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Geburten- oder Fertilitätsrate wird oft als Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner oder auch als Lebendgeborene pro Frau beschrieben.⁸ Analog dazu wird die Sterblichkeit über Sterberaten abgebildet. Die natürliche Wachstumsrate (ohne

⁶ Vgl. Schmid und Schmid (2018).

⁷ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 20.

⁸ Vgl. Birg (1996), S. 51.

Migration) ergibt sich aus der Differenz von Geburten- und Sterberate.⁹ Diese Aufspaltung in einzelne Einflussfaktoren ist wichtig, da so besser differenziert werden kann, ob Bevölkerungsveränderungen durch die natürliche Bilanz oder durch Wanderungen zu Stande kommen.

Neben der Prozessperspektive mit Beständen und Salden lässt sich die Demographie auch strukturell definieren, denn es gilt zu beachten, dass eine reine Betrachtung der Größenentwicklung analytisch unvollständig bleibt, wenn die Zusammensetzung der Bevölkerung außer Acht gelassen wird.¹⁰ Gerade für die Untersuchung des Ruhrgebiets ist diese Unterscheidung bedeutsam, weil quantitative Schrumpfung und strukturelle Alterung gemeinsam auftreten können. Die strukturelle Dimension betrifft insbesondere die Altersstruktur, die sich im Zuge von Fertilitäts- und Mortalitätsänderungen sowie migrationsbedingter Selektivität verschiebt. Für die vorliegende Arbeit sind besonders das Verhältnis einzelner Altersgruppen zueinander und die damit einhergehenden Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung im Ruhrgebiet von Relevanz.¹¹ Die in Deutschland herrschende altersbedingte Strukturverschiebung resultiert insbesondere aus einem Rückgang der Geburtenzahlen und einer weiterhin steigenden Lebenserwartung, wodurch sich der Anteil einzelner Kohorten an der Gesamtbevölkerung und damit auch ihr Verhältnis zueinander nachhaltig verändern.¹² Auch Migration kann Umfang und Zusammensetzung der Bevölkerung beeinflussen. Diese Wanderungsbewegungen sind jedoch stark von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig und daher mit hohen Prognoseunsicherheiten verbunden.¹³

Zur strukturellen Dimension gehören auch Familien- und Haushaltsformen. Auch diese können auf Grund von Normen und Einstellungen in Bezug auf persönliche Beziehungen, Fertilität und Familie zu veränderten reproduktiven Verhaltensmustern führen.¹⁴ Das ist insofern relevant, als dass Bevölkerungsentwicklung nicht nur biologisch-statistisch (Geburten/Sterbefälle) erklärbar ist, sondern auch durch sozialstrukturelle Faktoren (Partnerschaftsformen, Kinderwünsche, Lebensverläufe) beeinflusst wird und sich wiederum in regionalen Mustern unterschiedlich ausprägen kann.

Schließlich ist die räumliche Dimension demographischer Entwicklung zentral, denn Bevölkerungsprozesse können räumlich ungleich verteilt sein. Demographische Dynamiken

⁹ Vgl. Birg (1996), S. 51 f.

¹⁰ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 20 f.

¹¹ Vgl. Bieber (2008), S. 37.

¹² Vgl. Bieber (2008), S. 35.

¹³ Vgl. Bieber (2008), S. 15, S. 24 f.

¹⁴ Vgl. van de Kaa (1987), S. 5 f.

zeigen sich als Muster von Wachstums- und Schrumpfräumen oder Zu- und Abwanderungsregionen und weisen fast alle leicht unterschiedliche Strukturprofile auf. Im Rahmen einer globalen Perspektive zeigt sich, dass die geographische Verteilung der Bevölkerung und Urbanisierungsprozesse langfristige Strukturtrends darstellen und sich Bevölkerungsgewicht sowie Wachstum räumlich verlagern.¹⁵ Die zugrunde liegende Logik lässt sich auch auf folgende regionale Analysen übertragen, denn räumliche Konzentrations- und Disparitätsprozesse stehen in engem Zusammenhang mit Wanderungen und standortbezogenen Rahmenbedingungen und prägen damit auch die demographische Entwicklung einzelner Teilräume innerhalb einer Region.¹⁶

2.2 Modelle und Theorien der Bevölkerungsentwicklung

Zur Einordnung langfristiger Bevölkerungsdynamiken werden in der Demographie sowohl deskriptive Verlaufsmodelle als auch formal-analytische Modelle genutzt. Erstere dienen vor allem dazu, typische Muster von Geburten- und Sterbeentwicklung zu strukturieren. Letztere stellen einen Rechen- und Erklärungsrahmen bereit, um die Konsequenzen bestimmter Annahmen (z. B. zu Fertilität, Mortalität oder Migration) abzuleiten und damit beispielsweise Projektionen zu ermöglichen.

Ein häufig verwendetes Modell ist das des demographischen Übergangs. Es beschreibt die Transformation von einer Situation hoher Geburten- und Sterberaten zu einer Situation niedriger Geburten- und Sterberaten. Aus der zeitlichen Asynchronität, mit der die Sterblichkeit und die Fertilität sinken, ergibt sich ein Bevölkerungszuwachs.¹⁷ Damit verbunden ist die Idee einer Transformation der Bevölkerungsprozesse, bei der zunächst Verbesserungen von Ernährung, Hygiene und medizinischer Versorgung die Mortalität senken und erst verzögert eine Anpassung des generativen Verhaltens erfolgt. Diese Annahmen basieren dabei lose auf dem Malthusianismus.¹⁸

Für heutige europäische Entwicklungen wird häufig ergänzend vom zweiten demographischen Übergang gesprochen. Gemeint ist eine Phase, in der die Fertilität dauerhaft in die Nähe der Sterberate oder darunter fällt und damit das Bestandserhaltungsniveau nicht mehr erreicht wird. Dies wird typischerweise mit Individualisierung, veränderten Partnerschafts- und Familienformen sowie Wertewandel in Verbindung gebracht.¹⁹

¹⁵ Vgl. Birg (1996), S. 107 f.

¹⁶ Vgl. Birg (1996), S. 108-111.

¹⁷ Vgl. Birg (1996), S. 50-53.

¹⁸ Vgl. Birg (1996), S. 69-71.

¹⁹ Vgl. van de Kaa (1987), S. 5; Wehrhahn und Le Sandner Gall (2021), S. 74 f.

Gerade am Modell des demographischen Übergangs zeigt sich jedoch ein wiederkehrendes Problem vieler Verlaufsmodelle. Sie sind in erster Linie retrospektiv-deskriptiv. In der Konsequenz werden solche Modelle eher als heuristische Schemata verstanden, die Zusammenhänge sichtbar machen, aber kausale Mechanismen und künftige Pfade nur begrenzt erklären bzw. vorhersagen können.²⁰

Die Demographie setzt zudem auf formal-demographische Modelle, die an der Grundgleichung der Bevölkerungsentwicklung anknüpfen. Bevölkerungsänderungen ergeben sich aus Geburten, Sterbefällen sowie Zu- und Abwanderung und können dadurch als Bilanzzusammenhang präzise modelliert werden.²¹ Diese formale Perspektive ist vor allem deshalb relevant, weil sie den Übergang von Erzählmodellen zu konsistenten Rechenrahmen ermöglicht, die für empirische Auswertungen und Projektionen zentral sind. Ein häufig verwendeter Ansatz sind Vorausberechnungen auf Basis der Komponenten- bzw. Kohorten-Komponentenmethode, bei denen Fertilität, Mortalität und Migration unter expliziten Annahmen (alters- und geschlechtsspezifisch) fortgeschrieben werden.²² In der Praxis werden keine exakten Prognosen, sondern Szenarien und Vorausberechnungen erstellt, deren Aussagekraft direkt von den Annahmen über die drei zentralen Variablen abhängt.²³ Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass zukünftige demographische Entwicklungen sowohl von langfristigen Trends als auch von politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen beeinflusst werden können.

Abschließend ist festzuhalten, dass Modelle in der Bevölkerungsforschung nicht wertneutral im Sinne zeitloser Gesetzmäßigkeiten sind, sondern auch wissenschaftsgeschichtlich eingebettet sind. So stehen diese Modelle meist im historischen Kontext gesellschaftlicher oder politischer Leitideen.²⁴

2.3 Wirtschaftliche und sozialstaatliche Auswirkungen demographischer Entwicklungen

Demographische Veränderungen wirken auf die Wirtschaft und den Sozialstaat vor allem über Verschiebungen der Altersstruktur und damit über das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen. In Phasen, in denen der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter steigt, können Wachstumsimpulse entstehen, weil mehr Arbeitskräfte zur Verfügung

²⁰ Vgl. Wehrhahn und Le Sandner Gall (2021), S. 74.

²¹ Vgl. Preston et al. (2001), S. 2 f.

²² Vgl. Wehrhahn und Le Sandner Gall (2021), S. 186 f.; Bieber (2008), S. 27 f.

²³ Vgl. Preston et al. (2001), S. 2.

²⁴ Vgl. Pinwinkler (2006), S. 94 f.

stehen und zugleich durch eine sinkende Geburtenrate die Versorgungs- und Betreuungsaufwände je Haushalt zurückgehen.²⁵ Dieser Effekt ist allerdings zeitlich begrenzt, denn wenn nachfolgend kleinere Kohorten ins Erwerbsalter nachrücken und die Zahl älterer Menschen zunimmt, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, dann sinkt die Stützquote²⁶, wodurch sich das Pro-Kopf-Einkommenspotenzial und die Tragfähigkeit transferbasierter Systeme tendenziell verschlechtern.²⁷

Ökonomisch lassen sich weitere zentrale Wirkungskanäle unterscheiden. Zum einen beeinflusst die Altersstruktur das Arbeitsangebot, denn durch Alterung schrumpfende Erwerbspersonenpotenziale können Fachkräfteengpässe verschärfen und die gesamtwirtschaftliche Produktion dämpfen, sofern Produktivitätsgewinne oder Zuwanderung dies nicht kompensieren.²⁸ Zum anderen verändern demographische Übergänge Spar- und Investitionsmuster. In Phasen mit starken Jahrgängen im mittleren Alter steigen Sparanreize häufig vor allem zur Altersvorsorge an, was Kapitalbildung und damit (kurzfristiges) Wachstum begünstigen kann.²⁹ Außerdem hängen langfristige Wachstumseffekte zunehmend von Humankapitalbildung ab, denn sinkende Fertilität kann unter bestimmten institutionellen Bedingungen mit höheren Investitionen je Kind einhergehen und zu einem sogenannten *Quantity-Quality-Trade-Off* führen, wodurch sich Produktivität und Einkommen stabilisieren oder sogar erhöhen lassen.³⁰ Diese positiven Effekte hängen jedoch stark vom politischen und institutionellen Rahmen ab, etwa vom Bildungszugang, der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes oder der Funktionsfähigkeit von Finanz- und Versorgungssystemen.³¹

Für den Sozialstaat sind die Auswirkungen besonders ausgeprägt, weil zentrale Sicherungssysteme (Rente, Gesundheit, Pflege) altersabhängig finanzierte Leistungen bündeln. Alterung erhöht typischerweise die Leistungsbeanspruchung, denn mit wachsendem Anteil älterer Menschen steigen Ausgabenrisiken im Gesundheits- und Pflegesystem, während die Beitragsbasis bei stagnierendem oder sinkendem Erwerbspersonenpotenzial unter Druck geraten kann.³²

²⁵ Vgl. Lee und Mason (2010), S. 160 f.

²⁶ Als Stützquote wird hier das Verhältnis der Bevölkerung im Erwerbsalter zu den nicht oder noch nicht im Erwerbsalter stehenden Bevölkerungsgruppen verstanden. Eine sinkende Stützquote bedeutet, dass rechnerisch weniger Personen im Erwerbsalter einer größeren Zahl an abhängigen Altersgruppen gegenüberstehen.

²⁷ Vgl. Lee und Mason (2010), S. 160.

²⁸ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 46 f.

²⁹ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 40 f.

³⁰ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 28 f.; Lee und Mason (2010), S. 164.

³¹ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 42.

³² Vgl. Birg (2005), S. 121-130.

Auch Rentensysteme sind sensibel gegenüber demographischen Verschiebungen, insbesondere bei umlagefinanzierten Modellen, in denen laufende Beiträge der Erwerbstätigen laufende Renten finanzieren. Wenn weniger Beitragszahlende auf mehr Leistungsbeziehende treffen, steigen bei unveränderten Leistungsversprechen die impliziten Belastungen der aktiven Generation, was Reformdruck erzeugen kann.³³ Dieser Belastungsmechanismus wird im internationalen Kontext als zunehmender Transferbedarf von Erwerbstätigen zu Älteren beschrieben, der über höhere Abgaben oder höhere familiäre Unterstützungsleistungen spürbar wird.³⁴

Schließlich interagieren demographische Prozesse mit der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit. Wenn beispielsweise umfangreiche Transfersysteme bestehen, können längerfristig niedrige Fertilität und eine sinkende aktive Bevölkerung die Finanzierung des Leistungsniveaus erschweren und Anpassungen bei Steuern, Transfers oder öffentlichen Leistungen wahrscheinlicher machen.³⁵ Insgesamt gilt daher, dass Demographie nicht deterministisch wirkt, aber Rahmenbedingungen setzt, innerhalb derer die wirtschaftliche Entwicklung und der Sozialstaat organisiert werden müssen. Die ökonomischen Chancen (z. B. zeitweise günstige Stützquoten, höhere Humankapitalinvestitionen) und die Risiken (z. B. Transfer- und Fachkräftedruck, steigende Gesundheits- und Pflegeausgaben) hängen maßgeblich davon ab, ob Institutionen und Politik die Übergänge antizipieren und rechtzeitig Anpassungen vornehmen.³⁶

3 Das Ruhrgebiet – Raumstruktureller und historischer Kontext

3.1 Historische Entwicklung des Ruhrgebiets

Das Ruhrgebiet ist keine klassisch gewachsene territoriale Einheit, sondern hat sich vielmehr im Zuge der Entwicklung von Montanindustrie und Industrialisierung als funktionaler Verdichtungsraum herausgebildet.³⁷ Die einsetzende Entwicklung ist insbesondere auf die in der Region vorhandenen Vorkommen von Steinkohle zurückzuführen. Bereits im 18. Jahrhundert existierten im Ruhrtal zahlreiche Stollenzechen, bevor sich der Bergbau ab den 1830er Jahren mit den ersten Tiefbauzechen schrittweise nach Norden verlagerte und in den 1840er Jahren eine dynamische Expansionsphase einsetzte.³⁸

³³ Vgl. Birg (2005), S. 121-130.

³⁴ Vgl. Lee und Mason (2010), S. 179.

³⁵ Vgl. Žamac et al. (2010), S. 200-202.

³⁶ Vgl. Bloom et al. (2002), S. 42; Lee und Mason (2010), S. 178.

³⁷ Vgl. Berger (2021), S. 91; Steinberg (1985), S. 7.

³⁸ Vgl. Berger (2021), S. 92 f.; Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) (2014).

Viele Städte und Gemeinden, die heute zum Ruhrgebiet gezählt werden, bestanden allerdings schon lange vor dieser Phase. Historisch lässt sich dieser ältere Siedlungs- und Stadtraum vom eigentlichen Entstehungsprozess des Ruhrgebiets insofern abkoppeln, als dass er eng mit den sogenannten Hellwegstädten verbunden ist. Bei dem westfälischen Hellweg handelt es sich um eine mittelalterliche Ost-West-Verbindung zwischen Rhein und Elbe entlang der nördlichen deutschen Mittelgebirgsschwelle. Im Kern umfasste der damalige Hellweg die Linie zwischen Duisburg im Westen und Paderborn im Osten.³⁹

Entlang dieses Korridors entwickelte sich bereits im Mittelalter eine wirtschaftlich vergleichsweise prosperierende Ansammlung von Siedlungen und Städten.⁴⁰ Mit dem Übergang zur Industrialisierung verschob sich der räumliche Schwerpunkt dann, denn die Kombination aus Schachtzechen, Eisenbahn und industrieller Ansiedlung führte dazu, dass sich Bevölkerungs- und Beschäftigungsschwerpunkte zunehmend in diesem bandartigen Raum konzentrierten.⁴¹

Bis heute ist dieser historische Zusammenhang im Raumgefüge erkennbar, weil eine zentrale West-Ost-Achse die großen Städte des Kernraums verbindet.⁴² Zu den prägenden Oberzentren im Kernraum zählen dabei insbesondere Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund. Als weiteres Oberzentrum am südöstlichen Rand der Region wird Hagen eingeordnet.⁴³

Da der Begriff Ruhrgebiet in Abhängigkeit des Kontextes als Kulturreaum, Verdichtungsraum oder Metropolregion verwendet werden kann, wird an dieser Stelle als Arbeitsdefinition vorrangig das Verbandsgebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR) zugrunde gelegt. Der institutionell abgrenzbare Raum für die nachfolgenden Analysen umfasst elf kreisfreie Städte: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen, sowie die Kreise Recklinghausen, Unna, Wesel und den Ennepe-Ruhr-Kreis.⁴⁴

Die Herausbildung des Ruhrgebiets als Funktionsraum ging bereits Ende des 19. Jahrhunderts mit überkommunaler Organisation einher. Die Emschergenossenschaft ist ein frühes Beispiel dafür, dass Infrastruktur- und Umweltvorhaben bereits über kommunale

³⁹ Vgl. Berger (2021), S. 91; Leidinger (1999), S. 9-13.

⁴⁰ Vgl. Leidinger (1999), S. 10.

⁴¹ Vgl. Czierpka (2021), S. 105 f.; Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) (2014).

⁴² Vgl. Leidinger (1999), S. 13; Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) 1963, S. 1 f.

⁴³ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen (2019), S. 166 f.

⁴⁴ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024c), S. 9.

Grenzen hinweg umgesetzt wurden.⁴⁵ Ein weiterer entscheidender Schritt der Institutionalisierung war die Gründung des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk (SVR) im Jahr 1920. Damit wurde eine regionale Planungsebene geschaffen, die auf die Herausforderungen einer schnell wachsenden Industrieregion reagierte und überörtliche Steuerungsansätze (u. a. Freiraumsicherung und Siedlungsentwicklung) ermöglichte.⁴⁶ Im weiteren Verlauf entwickelte sich diese regionale Organisationsform über den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) bis hin zum heutigen Regionalverband Ruhr (RVR) weiter.⁴⁷ An dieser Entwicklung zeigt sich, dass das Ruhrgebiet nicht nur als wirtschaftlicher Ballungsraum entstand, sondern zunehmend auch als planerisch und politisch adressierbare Region gefasst wurde.

Um die Entwicklung von 1920 bis heute abzubilden, bietet sich eine Konzentration auf zentrale Zäsuren an. Als markanter Einschnitt gilt die Kohlenkrise ab Ende der 1950er Jahre, die den Beginn eines langfristigen Bedeutungsverlustes des Steinkohlenbergbaus markierte.⁴⁸ In den 1970er und 1980er Jahren verschärften sich diese Umbrüche durch die Krise der Stahlindustrie, wodurch die industrielle Beschäftigungsbasis der Region weiter zurückging und sich die strukturellen Anpassungsprozesse beschleunigten.⁴⁹ Seit den späten 1980er/1990er Jahren wurde der Strukturwandel im Ruhrgebiet zunehmend durch regionale Programme und Institutionen gerahmt und gesteuert. Beispiele hierfür sind der Umbau industrieller Räume im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park oder auch das Projekt RUHR.10 als regionsweite Kulturveranstaltung, beide mit dem Ziel, einen Imagewandel des Ruhrgebietes zu vollziehen.⁵⁰ Auch das Ende der Steinkohleförderung im Jahr 2018 erzeugte Bedarf für weitere Anpassungsprozesse.⁵¹ Heute wird dieses regional einheitliche Vorgehen unter anderem durch den Regionalplan Ruhr als verbindlichen Rahmen der räumlichen Entwicklung fortgeführt.⁵²

Insgesamt lässt sich die historische Entwicklung des Ruhrgebiets damit als Entstehung aus Ressourcen und Infrastruktur, Verdichtung zur polyzentrischen Industrieregion, institutionelle Regionalisierung durch Wirtschaft und Regionalplanung sowie Strukturwandel bis in die Gegenwart zusammenfassen.

⁴⁵ Vgl. Emscher Genossenschaft Lippeverband (EGLV) (2025); Emscher Genossenschaft Lippeverband (EGLV) (2018), S. 7 f.

⁴⁶ Vgl. Sahn (1923), S. 59-62.

⁴⁷ Vgl. Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets (2025).

⁴⁸ Vgl. Berger (2021), S. 96 f.; Czierpka (2021), S. 111-113.

⁴⁹ Vgl. Berger (2021), S. 97-100.

⁵⁰ Vgl. Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2022); Haselbach et al. (2011), S. 43-46.

⁵¹ Vgl. Hoffmann (2021), S. 54.

⁵² Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen (2004), § 4.

3.2 Verwaltungsstruktur und Besonderheiten eines polyzentrischen Verdichtungsraumes

Das Ruhrgebiet unterscheidet sich in seiner räumlichen und administrativen Struktur deutlich von klassischen Metropolräumen, die durch eine dominante Kernstadt und ein klar abgegrenztes Umland geprägt sind. Im Falle des Ruhrgebiets handelt es sich um eine polyzentrische Ansammlung, in der mehrere Großstädte in räumlicher Nähe nebeneinanderliegen und funktional eng verflochten sind. Der Regionalplan Ruhr beschreibt diese Struktur als Geflecht dicht beieinanderliegender Großstädte im Kernraum, ergänzt um mittelgroße Städte in der Randzone und kleinere Kommunen in stärker ländlich geprägten Teilräumen.⁵³ In der Metropole Ruhr leben rund 5,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner in 53 Kommunen, die sich auf die elf kreisfreien Städte sowie vier Kreise verteilen.⁵⁴ Bereits diese Gliederung verdeutlicht, dass die Region durch eine hohe Zahl kommunaler Akteure und eine vielschichtige Verwaltung geprägt ist.

In der Literatur wird betont, dass extreme Polyzentralität und Heterogenität regionale Kooperation erschweren können, weil keine eindeutige Zentrale existiert, die Entscheidungen bündelt. Die Kommunen im Ruhrgebiet kooperieren zwar in vielen Bereichen wie in der Verkehrs- oder Flächenplanung, gleichzeitig stehen sie aber auch in Konkurrenz zueinander, unter anderem in der Gewerbeansiedlung oder in der Fachkräftenwerbung.⁵⁵ Eine Besonderheit ist die Regionalplanung: Im Verbandsgebiet übernimmt der Regionalverband Ruhr (RVR), anders als in den übrigen Regionen Nordrhein-Westfalens, die Aufstellung des Regionalplans⁵⁶. Diese Aufgabe wurde ihm im Jahr 2009 per Gesetz übertragen. Das ermöglicht zunächst die Moderation von Zielkonflikten über kommunale Grenzen hinweg, die Steuerung bleibt jedoch mehrstufig, da die Regionalplanung nur Rahmenziele setzt, die in der kommunalen Bauleitplanung dann konkretisiert werden.⁵⁷ Darüber hinaus existiert im Kerngebiet mit dem Regionalen Flächennutzungsplan ein gemeinsames Planungsinstrument der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen.⁵⁸ Dieser dient als Instrument, um die polyzentrische Struktur auch planerisch aufzugreifen.

⁵³ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024c), S. 10.

⁵⁴ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024c), S. 9.

⁵⁵ Vgl. Blotevogel und Schulze (2010), S. 265 f.

⁵⁶ Vgl. Bezirksregierung Düsseldorf (o. J.); Regionalverband Ruhr (RVR) (o.J.).

⁵⁷ Vgl. Bezirksregierung Arnsberg (o. J.).

⁵⁸ Vgl. Bezirksregierung Düsseldorf (o. J.).

Für die weitere Analyse der demographischen Entwicklung ist die beschriebene Struktur besonders relevant, weil Betroffenheiten räumlich und sozial ungleich verteilt sein können. Innerhalb der Metropole Ruhr sind Dichte, Siedlungsstruktur und kommunale Größen stark unterschiedlich. Die durchschnittliche Einwohnerdichte im Ruhrgebiet beträgt etwa 1.152 Einwohner je km² (NRW: 526 Einwohner je km²), gleichzeitig koexistieren sehr dicht bebaute städtische Räume mit suburbanen und ländlicheren Teilräumen.⁵⁹ Diese Heterogenität kann als eine Art Filter wirken, durch den demographische Prozesse (Alterung, Wanderungen, Schrumpfung/Wachstum) in einzelnen Kommunen unterschiedlich stark auf Arbeitsmärkte, kommunale Finanzen oder Daseinsvorsorge durchschlagen. In einem polyzentrischen Verdichtungsraum können solche Unterschiede zudem verschärft werden, weil Kommunen im selben funktionalen Arbeits- und Lebensraum gelegen sind und dadurch in direkter Vergleichs- und Konkurrenzsituation agieren. Vor diesem Hintergrund ist es für die nachfolgenden Kapitel notwendig, dem Ruhrgebiet nicht als einem einheitlichen Ballungszentrum, sondern als hochgradig verflochtenem und gleichzeitig administrativ fragmentiertem Raum zu begegnen.

3.3 Ökonomische Ausgangslage

Die aktuellen regionalökonomischen Profile der NRW Bank zeigen, dass das Ruhrgebiet zwar weiterhin ein großer Wirtschaftsraum ist, jedoch in zentralen Wohlstands- und Produktivitätsindikatoren unter dem Landesdurchschnitt liegt. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Ruhrgebiet betrug im Jahr 2022 rund 37.900 €, während es für Nordrhein-Westfalen insgesamt bei 44.000 € lag.⁶⁰ Auch für die Arbeitsproduktivität (hier in BIP je Arbeitsstunde) zeigt sich ein leichter Rückstand. Für das Ruhrgebiet werden 59,00 € pro Arbeitsstunde ausgewiesen, gegenüber 61,20 € im NRW-Durchschnitt.⁶¹

Innerhalb der Region ist zugleich eine deutliche Heterogenität sichtbar. So variiert das BIP je Einwohner zwischen den Teilräumen stark. Im NRW Bank-Profil werden u. a. für Bottrop (26.400 €) und Herne (29.400 €) besonders niedrige Werte genannt, während Essen (48.300 €) deutlich über dem Durchschnitt liegt.⁶² Diese Spreizung ist relevant, weil demografische Entwicklungen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der polyzentrischen Region nicht gleichförmig verlaufen, sondern sich lokal sehr unterschiedlich überlagern.

⁵⁹ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024c), S. 10.

⁶⁰ Vgl. NRW Bank (2024), S. 20.

⁶¹ Vgl. NRW Bank (2024), S. 20.

⁶² Vgl. NRW Bank (2024), S. 20.

Für die kurzfristige Konjunktur- und Strukturdiagnose des Arbeitsmarkts stellte der Arbeitsmarktreport Ruhr bis August 2024 monatliche Kennziffern bereit. So lag die Zahl der Arbeitslosen im August 2024 in der Metropole Ruhr bei 276.839, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,1%.⁶³ Im Kontext der Arbeitsmarktstruktur gilt es, auch die Langzeitarbeitslosigkeit zu betrachten. Diese machte im August 2024 43,3% der gesamten Arbeitslosigkeit aus.⁶⁴

Gleichzeitig dokumentiert der Report aus Mai 2024 eine wachsende Bedeutung älterer Beschäftigter. Für das Jahr 2022 wird für die Gruppe 55+ im Ruhrgebiet eine Beschäftigungsquote von rund 50% genannt. Daraus folgt eine Zunahme um mehr als 20 Prozentpunkte innerhalb von 15 Jahren (2007: 29%). Im selben Zeitraum stieg zudem auch der Anteil, den diese Gruppe an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausmachte, von knapp 12% auf rund 23%.⁶⁵

Auch die kommunale Finanzlage ist im Ruhrgebiet ein eigener, ökonomisch hoch relevanter Bereich, weil sie Investitionsfähigkeit, Infrastrukturqualität und damit mittelbar die Standortattraktivität beeinflusst. Der Regionalverband Ruhr fasst für das Berichtsjahr 2023 zusammen, dass die Ruhrgebietskommunen im Durchschnitt nur knapp einen Haushaltsausgleich erzielen konnten.⁶⁶

Gleichzeitig bleiben strukturelle Altlasten durch Liquiditätskredite sehr hoch: Im Kommunalfinanzbericht Ruhrgebiet 2024 wird festgehalten, dass sich die Liquiditätskredite trotz weiterer Tilgung immer noch auf 11,5 Mrd. € belaufen und mit 55,0% den Großteil der Gesamtverschuldung ausmachen.⁶⁷ Der Bericht betont außerdem, dass Investitionskredite parallel angestiegen sind und dass die Kombination aus Altlasten sowie Zins- und Ausgabenbelastungen die künftige Konsolidierung und Investitionsfähigkeit zunehmend einengt.⁶⁸

4 Die demographische Entwicklung im Ruhrgebiet

4.1 Historische Bevölkerungsentwicklung

Der im Folgenden analysierte Beobachtungszeitraum beginnt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, da, wie in Kapitel 3 erörtert, hier das Aufkommen der ersten Stollenzechen zu verzeichnen ist, welche als einer der Hauptindikatoren für den Expansionsprozess und

⁶³ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024a), S. 3.

⁶⁴ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024a), S. 3.

⁶⁵ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024b), S. 2.

⁶⁶ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 6.

⁶⁷ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 12.

⁶⁸ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 13-16.

die Entstehungsgeschichte des Ruhrgebiets gelten. So vermerkt Steinberg, dass „... die Rhein-Ruhr-Ballung und mit ihr das Ruhrgebiet um 1815 noch von untergeordneter Bedeutung [war]; ihr Bevölkerungsanteil entsprach nicht einmal dem Flächenanteil.“⁶⁹ Die dann einsetzende Entwicklung zeigte aber die starke Dynamik innerhalb dieser Region. Die Bevölkerung innerhalb des Ruhrgebiets wuchs bis 1871 um mehr als das Dreifache an. Von 1871 bis 1925 verfünffachte sie sich dann.⁷⁰

Folgender Grafik kann die Entwicklung der Bevölkerung innerhalb des Ruhrgebietes ab 1871 entnommen werden.

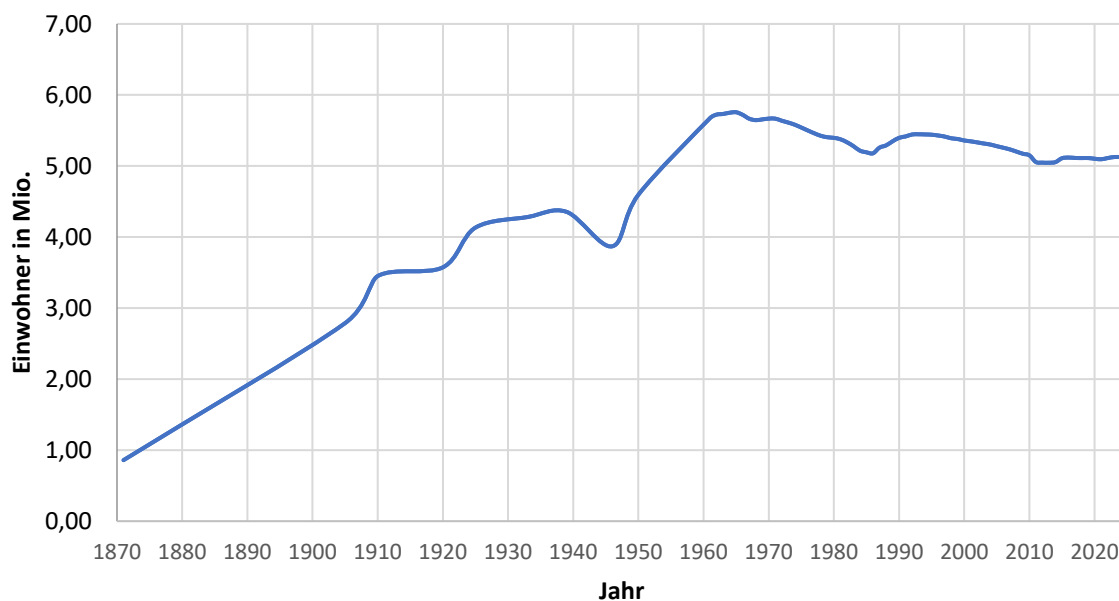


Abbildung 1: Die Bevölkerung des Ruhrgebiets zwischen 1871 und 2024

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Regionalverband Ruhr (RVR) (2025).

Bei der Grafik gilt zu beachten, dass kontinuierliche, jährliche Daten zum Bevölkerungsstand erst seit 1962 vorliegen und diese aus Fortschreibungen stammen, daher sind Sprünge möglich, wenn diese durch einen Zensus korrigiert wurden. Bei den Daten vor 1962 handelt es sich um stichprobenartige Momentaufnahmen.

Ein Großteil des Bevölkerungszugewinns aus der Zeit der Hochindustrialisierung ab den 1870er Jahren ist auf einen positiven Wanderungssaldo zurückzuführen. Auf Grund der stark wachsenden Montan- und Stahlindustrie lockte das Ruhrgebiet viele Facharbeiter an, vor allem aus anderen Teilen des damaligen Deutschen Kaiserreiches und aus Polen.⁷¹

⁶⁹ Steinberg (1985), S. 4.

⁷⁰ Vgl. Steinberg (1985), S. 6.

⁷¹ Vgl. Steinberg (1985), S. 49-52.

Die polnischstämmigen Fachkräfte machten einen erheblichen Teil der ausländischen Zuwanderer aus. Später folgte auf diese Fachkräftewanderungen eine Massenwanderung aus den Ostregionen, vor allem aus der ländlichen Unterschicht aus Ost- und Westpreußen, sowie Posen. Bei den Einwanderern handelte es sich überwiegend um junge Männer, welche nach kurzer Zeit ihre Familien nachholten und sich mit diesen langfristig im Ruhrgebiet niederließen.⁷² Diese Ost-West-Wanderungsströme setzten sich mit schwankender Intensität bis zum Beginn des ersten Weltkrieges fort.⁷³ Diese erste Phase der Bevölkerungsexpansion mit Beginn der Industrialisierung ist somit primär migrationsgetrieben.

Der Abbildung 1 ist zu entnehmen, dass ab Beginn des ersten Weltkrieges 1914 bis einschließlich der Wirtschaftskrise im Jahr 1923 als Teil der Kriegsfolgen, das Wachstum der Bevölkerung fast stagnierte. Auf diese Phase folgt dann bis 1939 eine weitere Zeitspanne des Wachstums, wenn auch nicht so stark wie in den Zeiträumen davor. Mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges sank die Bevölkerung bis zu dessen Ende um insgesamt ca. 11,12% von 4,34 Mio. auf 3,87 Mio. Einwohner. Grund hierfür waren Deportationen durch die Nationalsozialisten sowie Kriegsopfer und Flüchtlingsströme in andere Regionen, auch auf Grund der starken Betroffenheit des Ruhrgebiets von Luftangriffen der Alliierten.⁷⁴ Die Evakuierungen der nicht für die Kriegswirtschaft notwendigen Bevölkerungsteile hatte ebenfalls einen erheblichen Anteil am Bevölkerungsrückgang.⁷⁵ Nach dem Krieg wuchs die Bevölkerung bis zum Beginn der Kohlekrise in den 1960er Jahren wieder auf 5,67 Mio. im Jahr 1961 an.⁷⁶ Der in der Abbildung 1 sichtbare Bevölkerungsrückgang in den 1960er Jahren geht auf die Kohlekrise und später auch die Stahlkrise zurück, da diese zu umfangreichen Beschäftigungsverlusten und in Folge zu Abwanderungen führten.⁷⁷ Anschließend sanken auch die Geburtenüberschüsse und reichten bis in die 1970er Jahre nicht mehr aus, um die Wanderungsverluste zu decken.⁷⁸ Ab dem Jahr 1967 erhöhte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Ruhrgebiet deutlich. Grund hierfür war das gezielte Anwerben ausländischer Arbeitskräfte.⁷⁹ Den größten Teil der Migranten machten türkischstämmige Gastarbeiter aus, welche durch den Nachzug von Familienangehörigen und höhere Geburtenraten als Zuwanderer aus anderen Nationen ihren Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung von 1967 mit 9,9% bis 1980 auf

⁷² Vgl. Kleßmann (1978), S. 41 f.

⁷³ Vgl. Kleßmann (1978), S. 38-40.

⁷⁴ Vgl. Davis (2006), S. 106-111; Steinberg (1985), S. 113.

⁷⁵ Vgl. Steinberg (1985), S. 120.

⁷⁶ Vgl. Steinberg (1985), S. 120, 142.

⁷⁷ Vgl. Steinberg (1985), S. 173.

⁷⁸ Vgl. Steinberg (1985), S. 178.

⁷⁹ Vgl. Steinberg (1985), S. 179.

37,4% erhöhten.⁸⁰ Nach der Wiedervereinigung stieg die Bevölkerung bis Mitte der 1990er Jahre durch Zuwanderung aus der ehemaligen DDR noch einmal leicht an. Seitdem nimmt die Einwohnerzahl jedoch sukzessive ab.⁸¹ Das gesamte Ruhrgebiet ist im Laufe seiner Geschichte somit vor allem durch Wanderungsbewegungen geprägt, welche im Vergleich zu Geburten und Sterberaten eine deutlich übergeordnete Rolle spielen.

4.2 Aktuelle Bevölkerungsstruktur

Ziel dieses Abschnitts ist es, die aktuelle demographische Ausgangslage des Ruhrgebiets zu beschreiben, sowie auf intraregionale Unterschiede hinzuweisen. Alle verwendeten Daten, sofern nicht anders angegeben, beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2024.

Das Durchschnittsalter im Ruhrgebiet beträgt aktuell 44,1 Jahre.⁸² Damit liegt es leicht niedriger als das bundesweite Durchschnittsalter mit 44,9 Jahren.⁸³ Im Vergleich zum Rest Deutschlands deutet dies auf eine ähnlich fortschreitende Alterung hin. Weitere wichtige demographische Indikatoren sind die Anteile der jüngeren sowie der älteren Bevölkerungsgruppen. Ruhrgebietsweit liegt der Anteil der Minderjährigen bei ca. 17,05%.⁸⁴ Demgegenüber steht ein Anteil von ca. 22,62% an Personen über 65 Jahren.⁸⁵

Innerhalb des Ruhrgebiets zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen. So reicht das Durchschnittsalter von 42,2 Jahren in Gelsenkirchen bis zu 45,8 Jahren im Kreis Wesel.⁸⁶ Das korrespondiert auch mit der Spannweite der Anteile der über 65-Jährigen, die im Kreis Wesel einen Anteil von 25,02% der Bevölkerung ausmachen, während sie in Gelsenkirchen nur auf 20,42% kommen.⁸⁷ Dem gegenüber stehen die Anteile der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung. Diese weisen eine Spanne zwischen 15,37% in Bochum bis hin zu 19,24% in Gelsenkirchen auf.⁸⁸

⁸⁰ Vgl. Steinberg (1985), S. 180.

⁸¹ Vgl. Dahlbeck et al. (2021), S. 34.

⁸² eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

⁸³ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025a).

⁸⁴ eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

⁸⁵ eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

⁸⁶ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

⁸⁷ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

⁸⁸ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

Der Anteil an Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Ausländer)⁸⁹ beträgt im gesamten Ruhrgebiet durchschnittlich 17,51%.⁹⁰ Auch dieser Wert weist eine hohe Spannweite auf. Von 11,13% im Kreis Wesel bis hin zu 24,94% in Gelsenkirchen.⁹¹ Das ist für die weitere Analyse von Bedeutung, da Zuwanderung im Ruhrgebiet nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Altersstruktur beeinflussen kann.

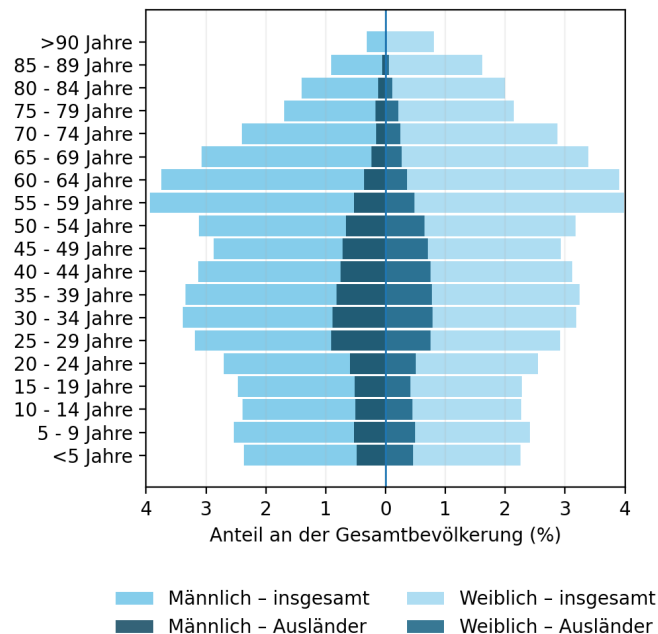


Abbildung 2: Alterspyramide des Ruhrgebiets (5-Jahres Gruppen) nach Geschlecht. Insgesamt und Ausländeranteil

Quelle: eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen (Datengrundlage: Landesdatenbank NRW (2025d)).

Zur Einordnung der Altersstruktur und der unterschiedlichen Verteilung nach Staatsangehörigkeit zeigt Abbildung 2 die Alterspyramide des Ruhrgebiets im Jahr 2024 in 5-Jahres-Gruppen. Auf der linken Seite sind Männer und auf der rechten Frauen abgebildet. In der Mitte sind die Anteile der ausländischen Bevölkerung in den jeweiligen Kohorten dargestellt.

Auffällig ist die schmale Basis der Alterspyramide, also die vergleichsweise geringere Besetzung jüngerer Kohorten, sowie eine deutliche Konzentration in den mittleren und älteren Jahrgängen, was mit dem Durchschnittsalter korrespondiert. Gleichzeitig wird sicht-

⁸⁹ In der gesamten Arbeit bezeichnet der Ausdruck *Ausländer* alle Personen, die im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Somit sind auch Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten nur dann Ausländer, wenn unter diesen keine deutsche ist. Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (o. J.).

⁹⁰ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025c).

⁹¹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025c).

bar, dass Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit anteilig stärker in den erwerbsrelevanten Altersgruppen vertreten sind, während ihr Anteil in den hohen Altersgruppen deutlich geringer ausfällt. Der geringe Anteil der ausländischen Bevölkerung in den älteren Kohorten ist dabei allerdings auch auf eine vermehrte Abwanderung in die Heimatländer im Alter zurückzuführen.⁹² Auch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft kann einen Grund darstellen, weshalb sich der Anteil im Alter verringert. Damit deutet die Struktur darauf hin, dass Zuwanderung kurzfristig die Erwerbsbevölkerung stützen kann, die Alterung der Gesamtbevölkerung jedoch nicht vollständig aufhebt.

Die natürliche Bevölkerungsbilanz, also Bevölkerungszugänge durch Geburten vermindert um Bevölkerungsabgänge durch Sterbefälle, war im Ruhrgebiet im Jahr 2024 deutlich negativ. Insgesamt wurden in diesem Jahr 44.115 Lebendgeborene registriert. Dem stehen 68.467 verzeichnete Sterbefälle gegenüber. Daraus ergibt sich ein natürlicher Saldo von -24.352 Personen.⁹³ Dieser negative Saldo deutet auf eine natürliche Schrumpfung hin. Ohne ausgleichende Wanderungsgewinne, also einen positiven Saldo von Zugängen und Abgängen von außerhalb, würde dies zu einem Rückgang der Bevölkerung führen.

Auf Grund der starken Unterschiede zwischen den Kommunen ist für die Vergleichbarkeit der Geburten die Geburtenrate pro 1.000 Einwohner ein geeigneteres Mittel als absolute Werte. Für das Ruhrgebiet im Ganzen liegt diese Quote bei 8,61 Geburten.⁹⁴ Innerregional zeigt sich eine Spannweite von 7,72 im Kreis Wesel bis 9,96 in Gelsenkirchen.⁹⁵ Betrachtet man die zusammengefasste Geburtenziffer, also die Fertilitätsrate pro Frau zwischen 15 und 49 Jahren, erhält man eine ähnliche Spannweite. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2022 reicht sie von 1,25 in Bochum bis 1,82 in Gelsenkirchen.⁹⁶ Da in entwickelten Ländern und Industrienationen (unter der Annahme nicht stattfindender Migration) ein Wert von ca. 2,1 Kindern pro Frau für den Bevölkerungserhalt benötigt wird, korrespondiert auch dieser Befund mit einem rückläufigen Bevölkerungsumfang.⁹⁷

Vor dem Hintergrund der negativen natürlichen Bevölkerungsbilanz ist Wanderung der Mechanismus, der über Stabilisierungs- oder Schrumpfungseffekte der Bevölkerungszahl entscheidet. Daher gilt es zu prüfen, ob das Ruhrgebiet insgesamt einen positiven oder einen negativen Wanderungssaldo aufweist, sowie welche Komponenten den Saldo prä-

⁹² Vgl. Yahirun (2014), S. 236 f.

⁹³ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025d).

⁹⁴ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025d).

⁹⁵ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025d).

⁹⁶ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) (2024).

⁹⁷ Vgl. Preston et al. (2001), S. 115.

gen (Binnenwanderung innerhalb Deutschlands oder Außenwanderung). Außerdem relevant für den Bevölkerungsaufbau ist, in welchen Alterskohorten die Wanderung vermehrt auftritt.

Für das Jahr 2024 ergibt sich für das Ruhrgebiet ein positiver Wanderungssaldo von +23.057 Personen (281.310 Zuzüge gegenüber 258.253 Fortzüge).⁹⁸ Innerregional zeigt sich auch hier wieder eine deutliche Spannweite. Zur besseren Vergleichbarkeit zwischen den Kommunen wurde wiederum die Wanderungsbewegung als Quote pro 1.000 Einwohnern als Intensität der Wanderung errechnet. Bochum steht mit einem Wert von +9,09 je 1.000 Einwohner an der Spitze. Auch Hamm (+7,77 je 1.000) und der Kreis Wesel (+6,59 je 1.000) haben vergleichsweise hohe Wanderungsgewinne zu verzeichnen, während der Kreis Unna mit einem Wert von -0,74 je 1.000 Einwohner sogar einen negativen Gesamtsaldo aufweist (-293 Personen im Jahr 2024).⁹⁹

Weiter ist von Bedeutung, welche Teilkomponenten den Gesamtsaldo besonders prägen. Unter Einbezug der Außenwanderung zeigt sich, dass der positive Gesamtsaldo des Jahres 2024 ausschließlich durch Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland getragen wird. Der ausländische Wanderungssaldo setzte sich aus 100.925 Zuzügen und 69.384 Fortzügen zusammen. Es entstand somit ein Wanderungsgewinn von 31.541 Personen.¹⁰⁰ Die Binnenwanderungsbilanz des Ruhrgebietes gegenüber dem Rest Deutschlands ist dagegen insgesamt negativ. Hier realisierte sich ein Wanderungsverlust von -8.484 Personen.¹⁰¹ Damit würde das Ruhrgebiet ohne die positive Auslandsbilanz bereits auf Grund der Binnenwanderung Bevölkerungsverluste erleiden.

Hier sei erwähnt, dass die positiven Auslandssalden vor allem seit Beginn des Ukraine-Krieges stark zugenommen haben, da auf Grund des Kriegsgeschehens und den damit einhergehenden Flüchtlingsbewegungen der Anteil der ukrainischen Bewohner im Ruhrgebiet allein im Zeitraum 2021 bis 2023 von 8.450 auf 70.400 angestiegen ist.¹⁰²

Auch die Altersstruktur der Wanderungsgewinne verdeutlicht, in welchen Kohorten die Wanderung kurzfristig entlastend wirkt. Für die Kohorte der unter 18-Jährigen ergibt sich im Jahr 2024 ein Wanderungsüberschuss von +7.300 Personen.¹⁰³ Dem gegenüber steht die Kohorte der über 65-Jährigen mit einem Wanderungsverlust von -1.752 Personen im

⁹⁸ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

⁹⁹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025h).

¹⁰⁰ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025h).

¹⁰¹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i), (2025h).

¹⁰² Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2025).

¹⁰³ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

betrachteten Jahr.¹⁰⁴ Der Gesamtzuwachs wird damit wesentlich von Personen im Kinder- sowie Jugend- und Erwerbsalter getragen.

Diese Beobachtung zeigt sich auch auf kommunaler Ebene. Bei den Minderjährigen verzeichnet der Kreis Wesel die höchsten Zuwächse mit +1.208, gefolgt von Dortmund (+1.042) und dem Kreis Recklinghausen (+935).¹⁰⁵ In den erwerbsfähigen Altersgruppen (15-65 Jahre) verzeichnen vor allem die Hochschulstädte Dortmund (+3.164) und Bochum (+3.025) positive Wanderungszahlen, während der Kreis Unna mit -896 Personen eine deutliche Abnahme aufweist.¹⁰⁶ Für die Kohorte der über 65-Jährigen sind Wanderungszugewinne eher die Ausnahme, in vielen der Kommunen treten hauptsächlich Nettoverluste auf (z. B. Duisburg -349, Essen -311, Dortmund -274). Ausnahmen sind hier lediglich die Kreise Unna (+150) und Wesel (+48) sowie die Stadt Herne (+65).¹⁰⁷ Diese Differenzierung ist relevant, da sie Hinweise darauf liefert, ob die Wanderung eher das Erwerbspersonenpotenzial stabilisiert, oder primär zu einer Verlagerung ohne nachhaltige Entlastung der Altersstruktur führt.

Zusätzlich zur Alters- und Wanderungsstruktur bietet die Haushaltsstruktur der Menschen im Ruhrgebiet Hinweise auf deren Lebensweise. Datengrundlage bildet hier der Mikrozensus 2019, der NRW-weit die Haushalte nach Größe (Personenanzahl), Haushaltseinkommen sowie Geschlecht und Nationalität des Hauptverdieners stichprobenartig erfasst. Innerhalb des Ruhrgebietes waren 1-Personen-Haushalte mit einer Quote von 42,72% die am häufigsten auftretende Haushaltsform.¹⁰⁸ Besonders hohe Anteile weisen hier Bochum mit 49,21% und Dortmund mit 47,91% auf.¹⁰⁹ Dagegen ist die Quote im Kreis Wesel mit 35,15% und in Bottrop mit 35,71% deutlich geringer.¹¹⁰ Insgesamt deutet dieses Muster auf eine starke Verbreitung kleiner Haushalte in den Städten und vergleichsweise größere Haushaltsstrukturen in den stärker suburban geprägten Räumen hin.

Die demographische Ausgangslage trifft im Ruhrgebiet auf eine spezifische Qualifikationsstruktur. Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit einem akademischen Abschluss liegt für das Ruhrgebiet bei 16,40%.¹¹¹ Innerhalb der Region variiert dieser Wert zwischen den Kommunen stark. Den höchsten Anteil an Akademikern hat Bochum

¹⁰⁴ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

¹⁰⁵ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

¹⁰⁶ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

¹⁰⁷ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025i).

¹⁰⁸ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025e).

¹⁰⁹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025e).

¹¹⁰ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025e).

¹¹¹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

zu verzeichnen (24,62%), während Gelsenkirchen mit knapp 9,89% den geringsten aufweist.¹¹² Gleichzeitig ist der Anteil an Erwerbspersonen ohne einen anerkannten Berufsabschluss mit 16,69% ruhrgebietsweit vergleichsweise hoch. Auch hier zeigen sich deutliche kommunale Unterschiede. Von 13,40% im Kreis Wesel bis hin zu 21,02% in Hagen.¹¹³ Die beiden Indikatoren verdeutlichen, dass es sich bei dem Ruhrgebiet nicht um eine Region mit einheitlichem Arbeitsmarkt handelt und dass es eine räumlich differenzierte Sozialstruktur aufweist.

Die Unterschiede in den kommunalen Arbeitsmärkten spiegeln sich auch in anderen Metriken wider. So lag für Dezember 2025 die Arbeitslosenquote in der kommunalen Spannweite zwischen 7,10% im Ennepe-Ruhr-Kreis und 15,20% in Gelsenkirchen.¹¹⁴

5 Auswirkungen der demographischen Entwicklung im Ruhrgebiet

5.1 Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

Auf Grundlage der in Kapitel 4 herausgearbeiteten demographischen Strukturtrends werden im Folgenden die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet genauer analysiert. Die Region ist dabei – trotz der dämpfenden Wirkung von Migration – mit einer alternden und langfristig schrumpfenden Bevölkerung konfrontiert.¹¹⁵ Denn trotz gegenwärtig noch weitgehend stabiler Bevölkerungszahl deuten Prognosen bis 2050 auf einen deutlichen Rückgang hin.¹¹⁶ Die demographisch induzierten Effekte treffen zudem nicht auf einen *leeren Raum*, sondern auf eine wie in Kapitel 3.3 bereits skizzierte Ausgangslage mit strukturellen Arbeitsmarktproblemen und unterdurchschnittlichen Wohlstands- bzw. Produktivitätsindikatoren.¹¹⁷ Dadurch verstärken sich Anpassungsdruck und Handlungserfordernisse für die Fachkräftesicherung.

Die Arbeitsmarktentwicklung im Ruhrgebiet ist eng mit der demographischen Struktur verknüpft. Aufbauend auf den in Kapitel 4 dargestellten Strukturen lassen sich für die Region insbesondere drei Wirkungskanäle herausarbeiten: Erstens verändert die Alterung

¹¹² Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

¹¹³ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

¹¹⁴ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025a).

¹¹⁵ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 25.

¹¹⁶ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2025).

¹¹⁷ Vgl. NRW Bank (2024), S. 20; Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 2 f.

den Umfang und die Zusammensetzung des Arbeitsangebots, zweitens steigt der Ersatzbedarf durch altersbedingte Austritte, und drittens gewinnt Migration wie eingangs erläutert als kurzfristiger Puffer an Bedeutung.¹¹⁸

Für die Arbeitsangebotsseite ist das Erwerbspersonenpotenzial ein zentraler Orientierungswert. Dieses umfasst alle Personen innerhalb einer Volkswirtschaft, die einer Erwerbsarbeit nachgehen können oder wollen.¹¹⁹ In der demographisch-arbeitsmarktökonomischen Literatur wird das potenzielle Arbeitskräfteangebot beziehungsweise das Erwerbspersonenpotenzial altersseitig häufig über die Altersgruppe 15 bis unter 65 Jahre operationalisiert. Diese Abgrenzung dient als standardisierte Näherung und erleichtert interregionale Vergleiche, deshalb findet sie auch hier Verwendung.¹²⁰ Für das Ruhrgebiet liegt dieses Erwerbspersonenpotenzial aktuell bei rund 63,16% als Anteil an der Gesamtbevölkerung.¹²¹ Der Momentwert allein ist jedoch nicht der entscheidende Faktor, denn mit zunehmendem Durchschnittsalter und der Verschiebung großer Kohorten in höhere Altersgruppen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass in den kommenden Jahren ein größerer Teil der Beschäftigten altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Damit wird Fachkräftesicherung weniger zu einer Frage des reinen Beschäftigungsaufbaus, sondern stärker zu einer Frage von Nachbesetzung, Bindung und Aktivierung zusätzlicher Potenziale (z. B. höhere Erwerbsbeteiligung, Qualifizierung, Zuwanderung).¹²²

Für die Interpretation ist es wichtig zu beachten, dass demographisch bedingte Verknappung nicht automatisch zu einer Entspannung am Arbeitsmarkt führt. Die Literatur zur makroökonomischen Wirkung von Bevölkerungsrückgang zeigt, dass sich Schrumpfungsprozesse zwar vergleichsweise schnell auf den Arbeitsmarkt auswirken können, beispielsweise über veränderte Beschäftigungszahlen oder sich wandelnde Investitionsmuster. Ein systematischer Rückgang der Arbeitslosigkeit als reine Knappheitsreaktion ist daraus jedoch nicht abzuleiten.¹²³ Für das Ruhrgebiet ist das relevant, weil sich damit begründen lässt, weshalb ein demographisch kleiner werdendes Arbeitskräfteangebot strukturelle Arbeitsmarktprobleme nicht *wegdrückt*, sondern im Gegenteil Engpassrisiken und Ersatzbedarfe bei gleichzeitig fortbestehender (Langzeit-)Arbeitslosigkeit nebeneinander auftreten können.

¹¹⁸ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 8.

¹¹⁹ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 9.

¹²⁰ Vgl. Hellwagner und Weber (2024), S. 20; Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 10.

¹²¹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025b).

¹²² Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 8.

¹²³ Vgl. Hellwagner und Weber (2024), S. 32.

Ergänzend verdeutlicht die theoretische und empirische Literatur, dass die Richtung der Arbeitsmarkteffekte schrumpfender Kohorten nicht eindeutig ist: Bei einer begrenzten Flexibilität der Arbeitsnachfrage können kleinere Kohorten, die in den Arbeitsmarkt eintreten, Verdrängungseffekte reduzieren, zugleich kann ein geringeres Nachwuchsangebot die Anreize zur Schaffung neuer Stellen schwächen. Zudem sind neben dem Arbeitsangebot auch gesamtwirtschaftliche Nachfrage- sowie Zeitpfadeffekte zu berücksichtigen.¹²⁴ Lohnentwicklungen sind ebenfalls kein eindeutiger Engpassindikator, weil in angespannten Arbeitsmärkten neben Löhnen auch Such- und Einstellungskosten die Arbeitsnachfrage dämpfen können. Ein sogenannter *enger Markt* führt damit nicht zwingend zu steigenden Löhnen.¹²⁵

Darüber hinaus wird in der wachstumstheoretischen Literatur diskutiert, dass ein anhaltender Bevölkerungsrückgang nicht nur über das Arbeitsangebot, sondern auch über die Innovations- und Produktivitätsdynamik wirken kann. So spielt in ideenbasierten Wachstumsmodellen die Größe der Bevölkerung bzw. der Forschungsbasis eine zentrale Rolle, sodass eine schrumpfende Bevölkerung langfristig zu stagnierendem Wissenszuwachs und einem geringeren Pro-Kopf-Einkommenswachstum führen kann.¹²⁶ Die Stagnationsannahme ist dabei jedoch modellabhängig, denn wenn Humankapital anstelle von Arbeitsvolumen die Ideenproduktion trägt, können Bildungs- und Qualifikationsaufbau negative Skaleneffekte dämpfen, sodass auch bei Bevölkerungsrückgang positives Wachstum möglich bleibt.¹²⁷ Angesichts der im Folgenden beschriebenen steigenden Quote an Akademikern innerhalb des Ruhrgebiets könnte dieser Mechanismus die negativen Effekte einer rückläufigen Bevölkerung auf Produktivität und Innovationen dämpfen.

Die folgende Abbildung 3 bündelt zentrale Zeitverläufe zur Zusammensetzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Ruhrgebiet und illustriert Anpassungskanäle bei demographischem Druck (Mobilisierung, Migration, Qualifikationsverschiebung). Die Zeitreihe umfasst eine Spanne von 16 Jahren, von 2008 bis 2024, da für die verwendeten Indikatoren in der gewählten Datenquelle des Statistischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen nur für diesen Zeitraum konsistente Jahreswerte verfügbar sind. Weiter gilt es zu beachten, dass die Meldeverfahren zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sich 2011 änderten.¹²⁸ Die vollständige Implementierung dieser Änderung dauerte bis in

¹²⁴ Vgl. Hellwagner und Weber (2024), S. 28.

¹²⁵ Vgl. Hellwagner und Weber (2024), S. 11.

¹²⁶ Vgl. Jones (2022), S. 3491.

¹²⁷ Vgl. Strulik (2024), S. 2 f.

¹²⁸ Vgl. Bertat et al. (2013), S. 8.

das Jahr 2013, daher sind die Werte vor und nach der Umstellung nicht direkt miteinander vergleichbar.¹²⁹ Dies ist in der Grafik durch gestrichelte Linien kenntlich gemacht worden.

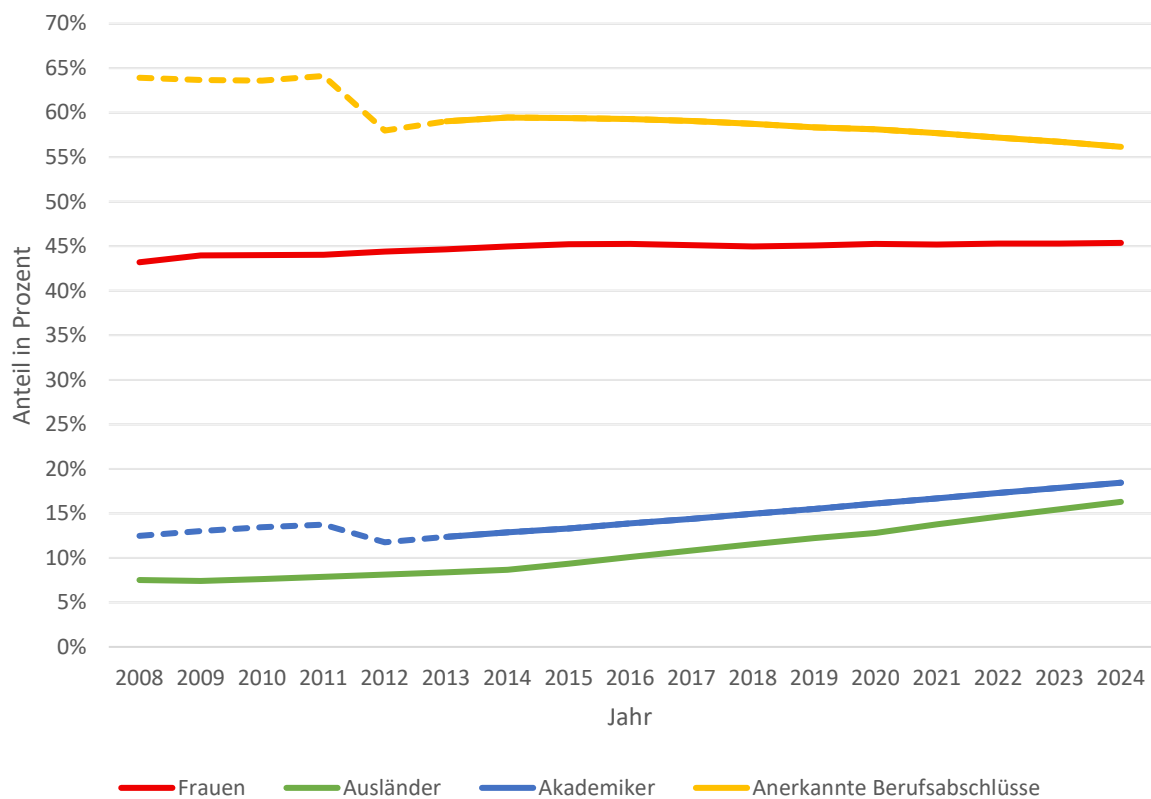


Abbildung 3: Zeitverläufe ausgewählter Anteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet von 2008 bis 2024

Eigene Darstellung auf Basis eigener Berechnungen (Datengrundlage: Landesdatenbank NRW 2025g, 2025f).

Die oben grafisch veranschaulichten Daten liefern einen empirischen Beleg dafür, dass der Anteil von Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet von ca. 43,20% (2008) auf ca. 45,38% (2024) gestiegen ist.¹³⁰ Das spricht für einen Anpassungsprozess über steigende Erwerbsbeteiligung (bzw. eine veränderte Beschäftigungsstruktur) und passt zur allgemeinen Erwartung, dass alternde Regionen Arbeitskräftepotenziale stärker mobilisieren müssen, um Ersatzbedarfe abzufedern. Gleichzeitig ist der Anstieg eher moderat. Somit wirkt er dem demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots tendenziell entgegen, ersetzt aber keine strukturellen Fachkräftestrategien.

Noch deutlicher zeigt sich der Puffermechanismus in der Entwicklung des Ausländeranteils an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Ruhrgebiet steigt dieser Anteil

¹²⁹ Vgl. Bertat et al. (2013), S. 10-12.

¹³⁰ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025g).

in der oben abgebildeten Zeitreihe von rund 7,49% (2008) auf rund 16,29% (2024).¹³¹ Damit wird empirisch greifbar, was in Kapitel 4.2 bereits als demographische Ausgangslage beschrieben wurde, nämlich dass Migration kurzfristig stabilisierend auf das Arbeitsangebot wirkt. Insbesondere dann, wenn Zuzüge überwiegend im Erwerbsalter stattfinden und tatsächlich in Beschäftigung münden.¹³²

Für die Fachkräftesicherung ist nicht nur die quantitative Dimension des Erwerbspersonenpotenzials von Bedeutung, sondern auch, welche Qualifikationen dieses Potenzial birgt. Gerade im Ruhrgebiet gilt es zu beachten, dass sich der Beschäftigungsschwerpunkt über Jahrzehnte deutlich in Richtung Dienstleistungssektor verschoben hat.¹³³ Damit verändern sich auch Kompetenz- und Anforderungsprofile, was die Bedeutung von Weiterbildung, beruflichen Übergängen und Passungsprozessen erhöht.

Der Akademikeranteil unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet stieg von ca. 11,18% (2013) auf ca. 16,40% (2024).¹³⁴ Parallel sank der Anteil der Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss in der oben abgebildeten Zeitreihe seit 2013 von 59,61% auf 56,76%.¹³⁵ Das ist zum einen auf den Renteneintritt älterer Kohorten zurückzuführen, welche einen geringeren Anteil an Akademikern aufwiesen, zum anderen auf die weiterführende Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmern, die so mitunter einen zusätzlichen Hochschulabschluss erwarben.¹³⁶ Im selben Zeitraum stieg der Anteil an Erwerbspersonen ohne einen anerkannten Berufsabschluss von 13,58% (2013) auf 16,69% (2024).¹³⁷ Dieser Befund spricht zum einen für eine Verschiebung der Qualifikationsstruktur (u. a. höherer Anteil hochqualifizierter Beschäftigung), aber auch für den Eintritt von unqualifizierten Erwerbstätigen in den Arbeitsmarkt. Da Engpässe häufig aufgrund von Passungsproblemen zwischen Qualifikationsprofilen und beruflichen Anforderungen auftreten, folgt aus der beobachteten Verschiebung der Qualifikationsstruktur allein noch keine Entspannung. Vielmehr ist plausibel, dass höhere Akademikeranteile mit Engpässen in beruflich qualifizierten Tätigkeiten koexistieren können, wenn Weiterbildungs- und Übergangsprozesse sowie Abstimmung nicht ausreichend funktionieren.

Gerade im Ruhrgebiet wird Fachkräftesicherung zudem durch die starke räumliche Heterogenität geprägt. Die angesprochenen Querschnittswerte zeigen beispielsweise große

¹³¹ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025g).

¹³² Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 9.

¹³³ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2025).

¹³⁴ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

¹³⁵ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

¹³⁶ Vgl. Arndt et al. (2024), S. 2.

¹³⁷ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

Unterschiede beim Akademikeranteil (Gelsenkirchen 9,89% und Bochum 24,62%) sowie bei Arbeitslosigkeit und demographischer Struktur.¹³⁸ Damit lässt sich die zentrale Aussage weiterführen, denn es gibt nicht *den* Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet, sondern ein Bündel lokaler Teilmärkte, in denen sich Alterung, Qualifikationsstruktur, Branchenmix und soziale Lage unterschiedlich überlagern. Entsprechend sind auch Fachkräftestrategien ambivalent und müssen beispielsweise nach Kommunen differenzieren.

Die in Kapitel 3.3 herausgearbeitete Arbeitsmarktlage unterstreicht, dass demographische Verknappung nicht automatisch zu sinkender Arbeitslosigkeit führt. Im Ruhrgebiet lag die Arbeitslosenquote im August 2024 bei 10,1%, während der Anteil der Langzeitarbeitslosen 43,3% der gesamten Arbeitslosigkeit ausmachte.¹³⁹ Damit wird sichtbar, dass demographische Verknappung nicht automatisch zu einem *engen* Arbeitsmarkt führt, sondern sich mit verfestigten Vermittlungshemmnissen überlagern kann.

Zusammenfassend legen diese Befunde nahe, dass sich der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet gleichzeitig in zwei Richtungen bewegt: Einerseits steigt der demographische Druck über Ersatzbedarfe und potenziell sinkendes Erwerbspersonenpotenzial, andererseits wirken steigende Erwerbsbeteiligung, Migration sowie eine Verschiebung der Qualifikationsstruktur stabilisierend. Die zentrale Herausforderung liegt darin, dass diese Anpassungsmechanismen die strukturelle Heterogenität und bestehende Arbeitsmarktprobleme nicht automatisch auflösen.

Die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarkts hängt dabei stark davon ab, ob Qualifizierungs-, Integrations- und Infrastrukturmaßnahmen dauerhaft finanzierbar sind. Dieser Zusammenhang wird im folgenden Kapitel 5.2 über öffentliche Finanzen, Daseinsvorsorge und Infrastruktur vertieft.

5.2 Öffentliche Finanzen, Daseinsvorsorge und Infrastruktur

Die in Kapitel 4 beschriebenen demographischen Strukturrends wirken im Ruhrgebiet nicht nur über den Arbeitsmarkt, sondern ebenso über kommunale Haushalte und die Bereitstellung von Daseinsvorsorge. Demographische Effekte entfalten sich dabei nicht isoliert, sondern treffen auf eine strukturell angespannte finanzielle Ausgangslage mit eingeschränkten kommunalen Handlungsspielräumen.¹⁴⁰ Gerade weil kommunale Investitions- und Steuerungsfähigkeiten eine zentrale Voraussetzung für Anpassungsstrategien (z.

¹³⁸ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025f).

¹³⁹ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024a), S. 3.

¹⁴⁰ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 12 f.

B. Infrastruktur, Bildung, soziale Angebote) sind, könnten demographisch bedingte Bedarfsverschiebungen bestehende Zielkonflikte zwischen Konsolidierung und Transformation weiter verschärfen.¹⁴¹

Vor diesem Hintergrund wird die demographische Entwicklung zu einem finanziellen Verstärker, weil sich Bedarfe verschieben und gleichzeitig Teile der Infrastruktur- und Leistungssysteme nur begrenzt an eine sinkende bzw. alternde Bevölkerung angepasst werden können. Dabei ist es wichtig, dass demographische Entwicklungen im deutschen föderalen System nicht isoliert wirken, denn Budgetrisiken und Mehrbelastungen auf Bundes- und Landesebene (u. a. Sozialversicherungssysteme) tangieren Kommunen mittelbar über Mischfinanzierungstatbestände sowie über Änderungen im Steuer- und Transfersystem.¹⁴²

Ein großer struktureller Belastungsfaktor ist die Verschuldungsstruktur vieler Ruhrgebietskommunen. Im Schuldenbericht zum Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr wird für Ende 2023 festgehalten, dass die Kommunen im Ruhrgebiet ihre Liquiditätskredite zwar reduziert haben, das Restvolumen aber weiterhin bei 11,5 Mrd. Euro liegt.¹⁴³ Damit beliefen sich diese Kredite der Ruhrgebietskommunen zusammen auf mehr als die Hälfte der gesamten Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen, die in der Berichtsperiode bei 18,3 Mrd. Euro lagen.¹⁴⁴ Solche Altschulden sind für die Daseinsvorsorge nicht nur ein bilanzielles Thema, sondern beeinflussen die Handlungskapazitäten, denn Zins- und Tilgungsbelastungen sowie die Notwendigkeit kurzfristiger Liquiditätssicherung können Spielräume bei Investitionen in Schulen, Pflegeeinrichtungen oder soziale Infrastruktur dauerhaft einengen. Gerade in einer Region, die gleichzeitig Anpassungsinvestitionen in Bildung, Qualifizierung und Infrastruktur dringend benötigt, verschärft das die oben benannten Zielkonflikte. Diese Logik passt zu überregionalen Befunden, wonach insbesondere das parallele Auftreten von Strukturschwäche, Schrumpfung sowie Alterung und Finanzschwäche das Risiko birgt, Disparitäten weiter zu verschärfen, wenn nicht frühzeitig und planvoll reagiert wird.¹⁴⁵ Demographisch herbeigeführte Ausgaben- und Bedarfstreiber entstehen im Ruhrgebiet neben Alterung auch durch den Haushaltsstrukturwandel. Das

¹⁴¹ Vgl. Frankenberg (2024), S. 68.

¹⁴² Vgl. Frankenberg (2024), S. 68.

¹⁴³ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 12 f.

¹⁴⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024b).

¹⁴⁵ Vgl. Frankenberg (2024), S. 68-71.

Ruhrgebiet weist einen Anteil von 42,72% an Ein-Personen-Haushalten auf und liegt damit etwas über dem NRW-weiten Schnitt von 41,00%.¹⁴⁶ Zudem wird betont, dass die Anteile in Städten wie Bochum, Dortmund und Essen jeweils knapp über 45,00% liegen.¹⁴⁷ Diese Haushaltsstrukturen sind für Daseinsvorsorge und kommunale Kostenerwartungen relevant, weil sie Wohnraumbedarfe und Erreichbarkeitsanforderungen verändern, soziale Unterstützungsbedarfe (z. B. bei Alleinlebenden im Alter) erhöhen und in Verbindung mit Alterung die Nachfrage nach Leistungen aus dem Gesundheitssystem verstärken können. Auch auf Bundesebene werden Haushaltsstruktur und altersgruppenbezogene Nachfrage als zentrale Treiber künftiger Infrastruktur- und Daseinsvorsorgebedarfe herausgestellt, insbesondere für soziale Infrastruktur und Wohnraumnachfrage.¹⁴⁸

Besonders deutlich materialisieren sich demographische Bedarfsverschiebungen im Bereich Pflege und Gesundheit. Das Statistische Bundesamt erfasst für Dezember 2023 knapp 5,7 Mio. Pflegebedürftige im Sinne des Sozialgesetzbuch XI innerhalb der gesamten Bundesrepublik. Gegenüber Dezember 2021 entspricht dies einem Zuwachs von rund 730.000 Personen (+15,00%).¹⁴⁹ Zugleich ist Pflegebedürftigkeit stark altersabhängig. Für Hochaltrige (90+) liegt die Pflegequote im Jahr 2023 bei rund 87,00%.¹⁵⁰ Damit wird nachvollziehbar, dass eine wachsende 80+/90+-Bevölkerung nicht nur *mehr Pflege*, sondern strukturell steigende Anforderungen an Pflegeinfrastruktur, gesundheitliche Versorgung, Barrierefreiheit und wohnortnahe Unterstützungsstrukturen erzeugt. Da die Alterungsdynamik im Ruhrgebiet in ihren Grundzügen der bundesweiten Entwicklung entspricht, lässt sich davon ausgehen, dass diese steigenden Anforderungen auch auf die Region zukommen werden.

Ein zentrales Problem der kommunalen Daseinsvorsorge im demographischen Wandel sind zudem Remanenzkosten, da sich viele Infrastrukturen bei sinkender Nachfrage nicht proportional zurückbauen lassen. Bei geringerer Nutzerzahl sinken Einnahmen, während Gesamtkosten weitgehend bestehen bleiben.¹⁵¹ Bevölkerungsrückgänge vollziehen sich häufig schneller als eine realisierbare bzw. rechtlich zulässige Anpassung infrastruktureller und organisatorischer Strukturen, dadurch sinken aufgabenspezifische Ausgaben langsamer als die relevanten Nutzergruppen.¹⁵²

¹⁴⁶ Vgl. NRW Bank (2024), S. 10; eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025e).

¹⁴⁷ Eigene Berechnung; Landesdatenbank NRW (2025e).

¹⁴⁸ Vgl. Maretzke (2024), S. 91.

¹⁴⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024a).

¹⁵⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024a).

¹⁵¹ Vgl. Köller (2013), S. 2.

¹⁵² Vgl. Starke (2021), S. 514 f.

Ursächlich sind insbesondere hohe (sprungfixe) Fixkostenanteile öffentlicher Leistungserstellung, z. B. eine Mindestpersonalausstattung, oder Betriebs- und Kapitalkosten, die kurzfristig nur begrenzt variabel sind.¹⁵³ Für schrumpfende oder alternde Teilräume wie im Ruhrgebiet kann daraus eine Abwärtsspirale entstehen: höhere Gebühren oder Steuern, sinkende Attraktivität, weitere Abwanderung und zusätzlicher Anpassungsdruck auf Infrastruktur.¹⁵⁴ Ergänzend zeigen kommunalbezogene Modellierungen für soziale Infrastruktur, wie etwa Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie Pflege- und Betreuungsangebote, dass ohne Reduzierung des Angebotsumfangs kommunale Kosten je Einwohner in vielen Gemeinden spürbar steigen können.¹⁵⁵ Auf Grund dieser Kostenremanenzen steigt die Bedeutung von technisch, rechtlich und finanziell flexiblen Strukturen deutlich.¹⁵⁶

Auch wenn das Ruhrgebiet aktuell *noch* nicht durch flächendeckende Schrumpfung, sondern eher durch starke innerregionale Unterschiede geprägt ist, ist der grundlegende Kostenmechanismus der Remanenz auf Teilräume mit Bevölkerungsrückgang bzw. veränderten Alterskohorten übertragbar. Empirisch wird der Zusammenhang zwischen Demographie und Ausgabenseite kommunaler Haushalte zudem für deutsche Kommunen statistisch gestützt. So zeigt sich am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns (2000-2016), dass andauernder Bevölkerungsrückgang und veränderte Altersstrukturen zu höheren Pro-Kopf-Ausgaben bzw. Pro-Kopf-Zuschussbeträgen führen. Dabei werden Kostenremanenzen signifikant nachgewiesen.¹⁵⁷ Damit ist Remanenz nicht nur eine Plausibilität, sondern ein robust belegter Mechanismus in Schrumpfungs- und Alterungsprozessen.¹⁵⁸

Für das Ruhrgebiet kommt hinzu, dass demographische Bedarfsverschiebungen auf eine bereits hohe Sozialausgabenbelastung treffen. Im kommunalen Finanzbericht 2024 wird dokumentiert, dass in Ruhrgebietskommunen im Jahr 2022 rund 358 Euro je Einwohner mehr für soziale Leistungen ausgegeben wurden als im Rest Nordrhein-Westfalens.¹⁵⁹ Damit entsteht ein doppelter Engpass, denn während die demographische Entwicklung Bedarfe unter anderem in der Pflege und in der sozialen Infrastruktur verstärkt, binden hohe Sozialausgaben und Schuldenlasten Deckungsmittel, die für Investitionen an anderer Stelle benötigt würden. Flankierend ist zu berücksichtigen, dass pauschalierende Mechanismen des Kommunalfinanzausgleichs demografische Schrumpfungsprozesse teilweise

¹⁵³ Vgl. Starke (2021), S. 514 f.

¹⁵⁴ Vgl. Köller (2013), S. 2.

¹⁵⁵ Vgl. Siedentop (2015), S. 7-9.

¹⁵⁶ Vgl. Siedentop (2015), S. 6.

¹⁵⁷ Vgl. Starke (2021), S. 533 f.

¹⁵⁸ Vgl. Starke (2021), S. 533 f.

¹⁵⁹ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 24.

nur verzögert abbilden und Zuweisungen bei Bevölkerungsrückgang teils überproportional sinken können, obwohl sich Finanzbedarfe kurzfristig nur in verminderter Intensität reduzieren. Daraus resultiert ein zusätzliches Anpassungsrisiko für stark betroffene Kommunen.¹⁶⁰

5.3 Gesamtwirtschaftliche Einordnung

Die in den Kapiteln 5.1 und 5.2 dargestellten Wirkungszusammenhänge lassen sich als wechselseitige Verstärkung zweier Engpässe verstehen. Demographische Schrumpfung und Alterung reduzieren bei gegebener Erwerbsbeteiligung das Arbeitskräfteangebot bzw. verschieben Qualifikations- und Altersstrukturen, während zugleich die kommunalen Finanz- und Investitionsspielräume durch Altschulden, Soziallasten und Remanenzkosten begrenzt sind. Damit treffen Anpassungserfordernisse des Arbeitsmarktes (Fachkräftesicherung, Qualifizierung, Integration) auf fiskalische Restriktionen, die die Umsetzung von Anpassungsinvestitionen erschweren. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung verweist in diesem Zusammenhang explizit darauf, dass handlungsfähige Kommunen das Fundament regionaler Zukunfts- und Entwicklungsfähigkeit bilden und dass die räumlich differenzierten Auswirkungen demografischer Prozesse den Problemdruck verschärfen können.¹⁶¹

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind vor allem drei Verbindungslinien relevant. Erstens die Produktions- und Wachstumsperspektive, denn ein rückläufiges und alterndes Arbeitskräfteangebot beeinflusst regionale Wirtschaftskraft, Wachstumsdynamik und Steueraufkommen, weil diese Faktoren wesentlich von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte abhängen.¹⁶² Für strukturschwache Räume wird zugleich betont, dass unklar ist, ob technischer Fortschritt und Kapitalstockausweitung das rückläufige Arbeitskräfteangebot in ausreichender Form kompensieren können, um so das Produktionspotenzial zu stabilisieren.¹⁶³ Zweitens fiskalische Rückkopplungen: Demographische Veränderungen erzeugen Mehrbedarfe bzw. Mehrbelastungen über Kostenremanenzen und der Nachfrage nach altersspezifischen Leistungen. In Tragfähigkeitsprojektionen werden derartige Belastungen als relevante Größe ausgewiesen.¹⁶⁴ Das bedeutet für Kommunen, dass selbst

¹⁶⁰ Vgl. Frankenberg (2024), S. 75 f.

¹⁶¹ Vgl. Frankenberg (2024), S. 68.

¹⁶² Vgl. Maretzke (2024), S. 102.

¹⁶³ Vgl. Maretzke (2024), S. 102.

¹⁶⁴ Vgl. Frankenberg (2024), S. 74.

bei unveränderten politischen Rahmenbedingungen demographische Trends die Fähigkeit beeinträchtigen, Leistungsniveaus dauerhaft halten zu können.¹⁶⁵ Drittens die Infrastruktur- und Standortdimension: Kostenremanenz in technischen und sozialen Infrastrukturen erhöht Pro-Kopf-Kosten und verschärft Zielkonflikte zwischen Erhalt, Anpassung und Rückbau.¹⁶⁶ Für das Ruhrgebiet folgt daraus eine klare Priorisierung für die anschließenden Handlungsperspektiven, denn Arbeitsmarkt- und Fachkräftesicherung (insb. Integration, Qualifizierung und Aktivierung) und die Stabilisierung kommunaler Investitionsfähigkeit müssen zusammengedacht werden, weil die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ohne Investitionen (Bildung, soziale Infrastruktur, Verwaltungsfähigkeit) sinkt und umgekehrt fiskalische Konsolidierung ohne Wachstums- und Beschäftigungsbasis an Grenzen stößt. Somit ist die demographische Entwicklung weniger ein isolierter Trend, sondern eher eine Rahmenbedingung, die die Transformationsfähigkeit der Region über das Arbeitskräfteangebot und die kommunale Handlungsfähigkeit gleichzeitig beeinflusst.¹⁶⁷

6 Handlungsperspektiven und Strategien

6.1 Handlungsperspektiven für den Arbeitsmarkt und für die Fachkräftesicherung

Die in Kapitel 5 dargestellten Befunde zeigen, dass die Fachkräftesicherung im Ruhrgebiet nicht über einen einzelnen Hebel erreichbar ist. Die demographische Alterung verstärkt mittel- und langfristig den Ersatzbedarf, gleichzeitig bestehen aber weiterhin strukturelle Arbeitsmarktprobleme, wie die Arbeitslosenquote und der Anteil der Langzeitarbeitslosen zeigen.¹⁶⁸ Damit trifft die Region also eine Doppelaufgabe, denn Fachkräfteengpässe müssen in bestimmten Berufsfeldern reduziert werden, während zugleich die Integration arbeitsloser und langzeitarbeitsloser Personen in Beschäftigung verbessert werden sollte. Die Literatur zur regionalen Arbeitsmarktanpassung unter Bevölkerungsrückgang unterstreicht zudem, dass solche Anpassungsprozesse nicht automatisch ablaufen, sondern von Institutionen, der regionalen Wirtschaftsstruktur und der konkreten Ausgestaltung politischer Maßnahmen abhängen.¹⁶⁹ Daraus lassen sich für das Ruhrgebiet miteinander verknüpfte Handlungsperspektiven ableiten.

¹⁶⁵ Vgl. Frankenberg (2024), S. 71.

¹⁶⁶ Vgl. Siedentop (2015), S. 6.

¹⁶⁷ Vgl. Frankenberg (2024), S. 67 f.

¹⁶⁸ Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024a), S. 3.

¹⁶⁹ Vgl. Hellwagner und Weber (2024), S. 32 f.

Zum einen ist eine engpassorientierte Steuerung erforderlich, damit Maßnahmen nicht nach dem *Gießkannenprinzip* umgesetzt werden. Methodisch bietet sich hierfür die Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit als Referenz an, weil sie Engpässe über ein Set an verschiedenen Indikatoren (u. a. Vakannzeiten, Arbeitslose-Stellen-Relation) identifiziert und damit eine nachvollziehbare Priorisierung nach Berufsgruppen möglich macht.¹⁷⁰ Für die regionale Praxis heißt das, die Fachkräftestrategie sollte an ein regelmäßiges Engpass-Monitoring gekoppelt werden, das kritische Berufsfelder bestimmt und für diese Felder konkrete Maßnahmenpakete festlegt. Dadurch wird Fachkräftesicherung überprüfbar und kann entlang von empirischen Signalen gesteuert werden, anstatt sich in breit gestreuten Einzelprojekten zu verlieren.¹⁷¹

Außerdem sollte das Ruhrgebiet verfügbare Potenziale systematisch mobilisieren, insbesondere durch die Stabilisierung der Erwerbsverläufe und die bessere Integration älterer Beschäftigter. Der RVR-Arbeitsmarktreport zeigt, dass die Bedeutung dieser Gruppe bereits deutlich gestiegen ist.¹⁷² Für Akteure auf dem Arbeitsmarkt folgt daraus, dass sie Programme ausbauen sollten, die die Beschäftigungsfähigkeit und die Bindung älterer Erwerbspersonen ermöglichen. Beispielsweise über flexible Arbeitszeit- und Übergangsmodelle, da in den kommenden Jahren hohe altersbedingte Abgänge zu erwarten sind und nach Möglichkeit das Potenzial, ältere Erwerbstätige weiter im Arbeitsmarkt zu binden, genutzt werden sollte.¹⁷³ Ergänzend ist die Potenzialhebung nicht nur als *mehr Köpfe*, sondern als *mehr Arbeitsvolumen* zu verstehen, denn Maßnahmen, die helfen, Arbeitszeiten auszuweiten (z. B. bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Betreuungsangebote, sowie Entlastung bei Pflegeverantwortung), könnten das effektive Arbeitsangebot steigern und sind damit ein relevanter Teil einer Fachkräftestrategie.¹⁷⁴

Ebenfalls sollte Fachkräftesicherung im Ruhrgebiet als Qualifizierungs- und Übergangsstrategie umgesetzt werden, weil Engpässe häufig strukturell entstehen (z.B. durch fehlende Passung zwischen Qualifikationsprofilen und Nachfrage). Eine zentrale Handlungsoption ist der Aufbau einer regionalen Übergangsinfrastruktur. So könnte engpassbezogene Weiterbildung, Nachqualifizierung und Umschulung so organisiert werden, dass Übergänge in stark nachgefragte Berufsfelder tatsächlich gelingen. Genau hier liefern mittelfristige Projektionen wie das Fachkräftemonitoring eine wichtige Grundlage, weil

¹⁷⁰ Vgl. Beckmann et al. (2025), S. 6.

¹⁷¹ Vgl. Beckmann et al. (2025), S. 7-9.

¹⁷² Vgl. Regionalverband Ruhr (RVR) (2024b), S. 2.

¹⁷³ Vgl. Arndt et al. (2024), S. 6.

¹⁷⁴ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 14 f.

sie die Entwicklung von Angebot und Bedarf über Berufs- und Qualifikationsgruppen abbilden und damit Prioritäten für Qualifizierung ermöglichen.¹⁷⁵ Für das Ruhrgebiet folgt daraus, dass Qualifizierungsverbünde (Unternehmen, Kammern, Bildungsträger, Hochschulen) in den priorisierten Engpassfeldern standardisierte, modulare Weiterbildungsangebote etablieren sollten und diese dann eng an die Nachfrage (Betriebe/öffentliche Arbeitgeber) koppeln. Damit würde Qualifizierung nicht als allgemeines Bildungsziel, sondern als arbeitsmarktbezogene Engpasspolitik umgesetzt werden können.¹⁷⁶

Zudem sind Zuwanderung und Integration als arbeitsmarktpolitische Bestandteile der Fachkräftestrategie zu behandeln, besonders mit Fokus auf eine funktionierende Umsetzung. Die in Kapitel 5.1 ausgewerteten Zeitreihen zeigen, dass der Ausländeranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2008 und 2024 deutlich gestiegen ist. Migration wirkt damit bereits als Stabilisierungsmechanismus. Entscheidend ist jedoch, ob Zuwanderung in qualifikationsadäquate Beschäftigung übergeht. Dafür sollten Anerkennungs-, Sprach- und Passungsprozesse in einer Integrationskette organisiert werden, die Übergänge beschleunigt statt sie durch hohe bürokratische Aufwände zu verzögern.¹⁷⁷ Das Jahresgutachten 2025 des Sachverständigenrates für Integration und Migration betont in diesem Zusammenhang, dass die Wirksamkeit von Reformen zur Erwerbsmigration und Integration maßgeblich von administrativen Verfahren, Zuständigkeiten und Kapazitäten abhängt. Defizite in der Umsetzung können damit selbst zu einem Engpass werden.¹⁷⁸ Für die Handlungsebene bedeutet das, dass kommunale und regionale Akteure One-Stop-Strukturen bzw. koordinierte Verfahrensabläufe (Anerkennung, Beratung, Sprachförderung, Vermittlung) ausbauen und digitalisieren sollten, um den Übergang in Beschäftigung zu verkürzen.¹⁷⁹ Das Land Nordrhein-Westfalen bietet an dieser Stelle mit der 2023 beschlossenen Fachkräfteoffensive einen strategischen Orientierungsrahmen an, welcher sich zur Orientierung bei der Umsetzung eignet.¹⁸⁰

Zusammengefasst ergibt sich daraus für das Ruhrgebiet folgende Strategiearchitektur: Erstens eine Engpassdiagnose und Priorisierung als Steuerungsgrundlage, zweitens die Potenzialhebung und Stabilisierung von Erwerbsverläufen (insbesondere Ältere/Arbeitsvolumen), drittens eine qualifikationsorientierte Übergangs- und Weiterbildungsstrategie

¹⁷⁵ Vgl. Zika et al. (2025), S. 38-41.

¹⁷⁶ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 15 f.; Zika et al. (2025), S. 40 f.

¹⁷⁷ Vgl. Fleischer und Vallizadeh (2025), S. 9.

¹⁷⁸ Vgl. Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2025), S. 14 f.

¹⁷⁹ Vgl. Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2025), S. 16.

¹⁸⁰ Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) (2024), S. 10-13.

in priorisierten Engpassfeldern, sowie viertens arbeitsmarktorientierte Integrationsketten mit ausreichender Umsetzungskapazität. Der zentrale Punkt ist dabei, dass diese Instrumente nicht additiv nebeneinanderstehen, sondern als koordiniertes Maßnahmenbündel ineinandergreifen und umgesetzt werden müssen, um in einer Region wie dem Ruhrgebiet mit gleichzeitigen Engpässen und hoher Langzeitarbeitslosigkeit Wirkung zu entfalten.

6.2 Handlungsperspektiven für öffentliche Finanzen, die Daseinsvorsorge und die Infrastruktur

Demographische Alterung und Haushaltsstrukturwandel erhöhen auf kommunaler Ebene den Anpassungsdruck, weil Bedarfe in sozialen und gesundheitsnahen Bereichen steigen und sich gleichzeitig die Finanzierungsbasis verschlechtern kann. In der Literatur zur ökonomischen Dimension von Alterung wird betont, dass sich intergenerationale Transferanforderungen verschieben und dadurch fiskalische Zielkonflikte zunehmen können.¹⁸¹ Für das Ruhrgebiet verschärft sich diese Problemlage wie in Kapitel 5.2 beschrieben durch eine historisch gewachsene Verschuldungsstruktur und fragile Haushalte. Im Kommunalfinanzbericht Ruhrgebiet 2024 wird festgehalten, dass sich die Region mit hohen Kassenkrediten und zugleich steigenden Investitionskrediten konfrontiert sieht. Durch die Kombination aus Altlasten und zunehmenden Zins- und Ausgabenbelastungen führt diese Struktur zu einer Begrenzung der zukünftigen Investitionsfähigkeit sowie zu Problemen der zukünftigen Konsolidierung.¹⁸²

Ein erster Handlungsstrang besteht daher in der Stabilisierung kommunaler Handlungsfähigkeit (Entschuldung, planbare Finanzierung, Reduktion struktureller Lasten). Denn ohne fiskalische Spielräume lassen sich Anpassungsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge nicht verstetigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 beschreibt bundesweit eine Verschlechterung der kommunalen Finanzlage und weist für 2024 ein Defizit von 24,8 Mrd. € aus. Es wird zugleich betont, dass vielerorts selbst Pflichtaufgaben nur noch mit großen Kraftanstrengungen erfüllbar sind und für dringend notwendige Investitionen kaum Spielräume verbleiben.¹⁸³ In diesen Handlungsstrang passt als konkreter Umsetzungshebel das Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW). Das Gesetz ist am 18. Juli 2025 in Kraft getreten und zielt auf die anteilige Entschuldung übermäßiger kommunaler Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung ab. Die Um-

¹⁸¹ Vgl. Lee und Mason (2010), S. 178.

¹⁸² Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 12 f.

¹⁸³ Vgl. Raffer et al. (2025), S. 31 f.

setzung erfolgt über einen Schuldnerwechsel. Übernahmefähig sind nur vollständige, ungeteilte Verträge über Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung.¹⁸⁴ Für die praktische Umsetzung wird ein Zeitraum bis spätestens zum 31. Dezember 2026 benannt, was die Maßnahme als zeitlich befristetes, aber relevantes Fenster zur Haushaltsstabilisierung einordnet. Das ASEG NRW ersetzt zwar keine Investitionsstrategie, kann aber Zins- und Konsolidierungsdruck reduzieren und damit die Planbarkeit investiver Anpassungen verbessern.

Der zweite Handlungsstrang betrifft Investitionspriorisierung und Substanzerhalt, also *Erhalt vor Neubau*, als Antwort auf Remanenz- und Fixkostenmechanismen. Für das Ruhrgebiet folgt daraus die Notwendigkeit anpassungsfähiger technischer Infrastruktur, sowie tragfähiger rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen.¹⁸⁵ Empirisch wird dieser Zusammenhang zudem für deutsche Kommunen statistisch gestützt, indem ein anhaltender Bevölkerungsrückgang und veränderte Altersstrukturen mit höheren Pro-Kopf-Ausgaben bzw. Zuschussbedarfen in Verbindung stehen.¹⁸⁶ Aus einer solchen Kostenlogik lässt sich als mögliche Handlungsoption eine lebenszyklusorientierte Infrastrukturpolitik ableiten. Umsetzbar wäre diese durch systematisches Bestandsmanagement, Sanierungsprioritäten, Standardisierung von Planungs- sowie Vergabeprozessen und dort, wo langfristig Unterauslastung absehbar ist, durch Umnutzung, Bündelung oder auch Rückbau, um so Doppelbelastungen zu vermeiden. Für das Ruhrgebiet spricht das für eine klare Prioritätenlogik: Zunächst der Substanzerhalt in den besonders rückstandsanfälligen Bereichen (Schulen, Verkehr/Erreichbarkeit), ergänzt durch den Ausbau von Umsetzungskapazitäten (Planung, Projektsteuerung), damit Mittel nicht an administrativen Engpässen scheitern.

Der dritte Handlungsstrang ist die *demographiefeste* Ausgestaltung der Daseinsvorsorge, insbesondere in Pflege, Gesundheit und sozialer Infrastruktur. Das Statistische Bundesamt berichtet für Dezember 2023 über knapp 5,7 Mio. Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) in Deutschland (gegenüber Dezember 2021: +730.000 bzw. +15%).¹⁸⁷ Dieser Anstieg ist auf Grund der ähnlichen Altersstruktur auch im Ruhrgebiet zu erwarten. Handlungsperspektivisch folgen daraus für die Kommunen unter an-

¹⁸⁴ Vgl. Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW) (2025), § 7.

¹⁸⁵ Vgl. Siedentop (2015), S. 6.

¹⁸⁶ Vgl. Starke (2021), S. 533 f.

¹⁸⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025b.

derem eine quartiers- und erreichbarkeitsorientierte Planung, also der Abbau von Barrieren, und der Ausbau wohnortnaher Angebote sowie sozialer Teilhabe.¹⁸⁸ Auch der strukturierte Aufbau koordinierter Versorgungsnetzwerke kann dazu beitragen, doppelte Strukturen zu verhindern und Ressourcen effektiver einzusetzen.¹⁸⁹

Diese interkommunale Koordination ist im polyzentrischen Ruhrgebiet in vielen Bereichen besonders naheliegend und kann als Effizienz- und Umsetzungshebel wirken. Wo Fixkosten hoch und Anpassungsinvestitionen notwendig sind, können gemeinsame Strukturen (z. B. geteilte IT-Services, Beschaffung, Planungsverbünde, standardisierte Bau-/Sanierungsprogramme) durch die Bündelung knapper Kapazitäten Skaleneffekte realisieren. Diese Kooperationslogik passt auch zur in Kapitel 5.2 herausgearbeiteten Grundproblematik, dass ohne fiskalische Stabilisierung und ein sinnvolles Bestandsmanagement die Umsetzung demographiebedingter Anpassungen erheblich erschwert ist. Insgesamt ergibt sich damit eine konsistente Maßnahmenlogik für das Ruhrgebiet. Zum einen die fiskalische Stabilisierung (inkl. Nutzung des ASEG NRW als Entschuldungsinstrument), dann der Substanzerhalt und ein Remanenzmanagement als Investitionsstrategie, außerdem der demographiesichere Umbau der Daseinsvorsorge (Pflege/Gesundheit, Erreichbarkeit, Digitalisierung) sowie Kooperationsmodelle zur Bündelung von Ressourcen und Umsetzungskapazitäten.

6.3 Bedingungen für die Umsetzung und Bewertung möglicher Maßnahmen

Für die Bewertung der Handlungsoptionen sind besonders drei Kriterien relevant. Zum einen die zeitliche Wirksamkeit, dann die fiskalische Realisierbarkeit und schließlich die politische Umsetzbarkeit im polyzentrischen Ruhrgebiet. Erstens unterscheiden sich Maßnahmen deutlich in der Wirkungslogik, denn kurzfristig wirken vor allem verbesserte Passungs-Prozesse (Vermittlung, Anerkennung, Aktivierung), mittelfristig Qualifizierung und Integration, langfristig Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen sowie produktivitätsorientierte Modernisierung.¹⁹⁰ In Wachstums- und Produktivitätsdebatten wird zudem argumentiert, dass Bevölkerungsrückgang nicht automatisch in wirtschaftlichen Niedergang münden muss, aber Anpassungspolitik und institutionelle Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Anpassung entscheidend sind.¹⁹¹

¹⁸⁸ Vgl. Kaschowitz et al. (2025), S. 598-600.

¹⁸⁹ Vgl. Theobald (2004), S. 30.

¹⁹⁰ Vgl. Zika et al. (2025), S. 13 f., S. 55-57; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) (o. J.).

¹⁹¹ Vgl. Jones (2022), S. 3515 f.

Zweitens ist fiskalische Realisierbarkeit im Ruhrgebiet ein zentrales Nadelöhr. Kommunale Finanzberichte und der Kommunale Finanzreport 2025 verweisen auf strukturelle Defizite und Investitionshemmnisse, die die Umsetzung langfristiger Strategien begrenzen können.¹⁹² Daraus folgt als Bewertungsmaßstab, dass Maßnahmenbündel dann besonders realistisch umsetzbar sind, wenn sie entweder geringe laufende Mehrkosten erzeugen (z. B. Prozessdigitalisierung, Kooperationsmodelle, Standardisierung) oder mit stabilen Finanzierungsquellen oder Programmen verknüpft sind (z. B. Sanierungsprogramme, Bildungs-/Infrastrukturfinanzierung).

Drittens entscheidet die politische Umsetzung darüber, ob Strategien in der Region tatsächlich greifen. Das Ruhrgebiet ist durch viele Kommunen und Akteursgruppen geprägt, so drohen ohne Koordination Doppelstrukturen, Konkurrenz um Ressourcen oder Unternehmensansiedlungen und inkonsistente Prioritäten. Daher sind regionale Kooperationsformate und gemeinsame Strategierahmen (z. B. abgestimmte Fachkräftestrategien, interkommunale Infrastrukturplanung) zentrale Maßnahmen für die Umsetzbarkeit.¹⁹³ Viele Instrumente lassen sich grundsätzlich auch auf andere Regionen übertragen. Speziell für das Ruhrgebiet ist jedoch die Kombination aus polyzentrischer Struktur, fiskalischen Restriktionen und Transformationsdruck, wodurch die Bündelung von Ressourcen und die Priorisierung von Maßnahmen besonders wichtig wird.¹⁹⁴

Einschränkend ist festzuhalten, dass die vorausgegangene Untersuchung überwiegend deskriptiv angelegt ist und daher keine kausalen Wirkungszusammenhänge im engeren Sinne nachweist. Die benannten Handlungsperspektiven sind daher eher als priorisierte Orientierungen zu verstehen und weniger als eindeutige *Bestlösung*. In der Umsetzung werden Zielkonflikte auftreten, denn kurzfristig wirksame Prozess- und Passungsverbesserungen sind häufig ressourcenschonender, während langfristige Bildungs-, Infrastruktur- und Produktivitätsinvestitionen höhere fiskalische Vorleistungen und koordinierte Steuerung erfordern.

7 Fazit

Wie die vorangegangene Untersuchung zeigt, bleibt das Ruhrgebiet auch über das Ende der Montanindustrie hinaus ein großer regionaler Verdichtungsraum in einem Prozess vielschichtiger struktureller Veränderungen. Die eingangs formulierte Frage, wie sich Alterung, Schrumpfungstendenzen und die Wanderungsdynamik in der Region darstellen

¹⁹² Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 12 f.; Raffer et al. (2025), S. 7.

¹⁹³ Vgl. Bege (2010), S. 18, 117.

¹⁹⁴ Vgl. Junkernheinrich und Micosatt (2024), S. 3; Hellwagner und Weber (2024), S. 31-33.

und welche ökonomischen Folgen sich daraus insbesondere für Arbeitsmarkt und Fachkräfte, öffentliche Finanzen sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur ergeben, lässt sich dahingehend beantworten, dass diese Entwicklungen nicht isoliert auftreten, sondern sich in der Region überlagern und zum Teil gegenseitig verstärken.

Die Bestandsaufnahme verdeutlicht eine fortschreitende Alterung bei zugleich ausgeprägter innerregionaler Heterogenität. Da die natürliche Bevölkerungsbilanz negativ ist, wird eine kurzfristig weitgehend stabile Bevölkerungszahl vor allem durch Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland getragen, während gegenüber dem übrigen Bundesgebiet Nettoverluste auftreten. Damit wird Standortattraktivität – je nach Teilraum – zu einem entscheidenden Faktor für die weitere demographische Stabilität.

Arbeitsmarktbezogen zeigt sich eine Doppelkonstellation: Mit dem Ersatzbedarf durch altersbedingte Austritte steigt der Druck auf die Fachkräftesicherung, während gleichzeitig strukturelle Probleme wie hohe Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie Passungsprobleme fortbestehen. Zwar sprechen die Zeitreihen zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Anpassungen, etwa durch höhere Erwerbsbeteiligung und die wachsende Bedeutung ausländischer Beschäftigter, jedoch können Engpässe und Arbeitslosigkeit weiterhin nebeneinander auftreten. Fiskalisch wirkt der demographische Wandel als Verstärker, weil Bedarfe sich in Richtung sozialer und pflegenaher Leistungen verschieben, während Handlungsspielräume durch Altschulden, hohe Sozialausgaben und Remanenzkosten begrenzt bleiben. Daraus folgt die Notwendigkeit flexibler und kooperativ organisierter Strukturen.

Aus den Ergebnissen ergeben sich Handlungsperspektiven, die kurzfristige Prozess- und Passungsverbesserungen mit mittelfristiger Qualifizierung und langfristigen Investitionen verbinden. Für das Ruhrgebiet ist dabei entscheidend, dass Priorisierung und Umsetzung über kommunale Grenzen hinweg koordiniert werden müssen, um knappe Planungs- und Umsetzungskapazitäten zu bündeln und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Weiterführend bieten sich vertiefende regionalökonomische Untersuchungen an, um die demographischen Wirkungsketten im Ruhrgebiet über die hier betrachteten Felder hinaus noch umfassender zu erörtern und damit die Grundlagen für eine vorausschauende Regionalentwicklung zu stärken.

Literaturverzeichnis

Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen (ASEG NRW) (2025): Gesetz zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen – ASEG NRW). Landtag Nordrhein-Westfalen. Online verfügbar unter <https://recht.nrw.de/gvnrw/2025-s653/>, zuletzt geprüft am 16.06.2026.

Arndt, Franziska; Tiedemann, Jurek; Werner, Dirk (2024): KOFA KOMPAKT. Ältere Beschäftigte am Arbeitsmarkt: wertvolle Erfahrung stärker als Potenzial nutzen. 4/2024. Hg. v. Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung.

Beckmann, Ralf; Deyerler, Yvonne; Klaus, Anton (2025): Fachkräfteengpassanalyse 2024. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Mai 2025. Hg. v. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

Bege, Stefan (2010): Das Konzept der Metropolregion in Theorie und Praxis. Ziele, Umsetzung und Kritik. 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler.

Berger, Stefan (2021): Was ist das Ruhrgebiet? Eine historische Standortbestimmung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz. Bonn (Band 10751), S. 90-103.

Bertat, Thomas; Dundler, Agnes; Grimm, Christopher; Kiewitt, Jochen; Schomaker, Christine; Schridde, Henning; Zemann, Christian (2013): Neue Erhebungsinhalte „Arbeitszeit“, „ausgeübte Tätigkeit“ sowie „Schul- und Berufsabschluss“ in der Beschäftigungsstatistik. Methodenbericht. Hg. v. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

Bezirksregierung Arnsberg (o. J.): Regionalplanung. Online verfügbar unter <https://www.bra.nrw.de/kommunalaufsicht-planung-verkehr/regionalrat-und-regionalentwicklung/regionalentwicklung/regionalplanung>, zuletzt geprüft am 28.12.2025.

Bezirksregierung Düsseldorf (o. J.): Planungsregionen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Online verfügbar unter <https://www.brd.nrw.de/Regionalrat/Planungsregionen-im-Regierungsbezirk-Duesseldorf>, zuletzt geprüft am 28.12.2025.

Bieber, Daniel (2008): Projekt: Perspektiven auf den demografischen Wandel. Grundlagen des Demografiediskurses - eine kritische Würdigung. Saarbrücken: Sozialforschung und Sozialwirtschaft e.V. Saarbrücken.

Birg, Herwig (1996): Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München: C. H. Beck.

Birg, Herwig (2005): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt. München: C. H. Beck.

Bloom, David E.; Canning, David; Sevilla, Jaypee (2002): The Demographic Dividend. A new perspective on the economic consequences of population change. Santa Monica, Calif. USA.

Blotevogel, Hans H.; Schulze, Kati (2010): 1 oder 2 oder 3? Zur Konstituierung möglicher Metropolregionen an Rhein und Ruhr. In: *RuR (Raumforschung und Raumordnung)* 68 (4).

Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2022): IBA Emscher Park. Zukunft für eine Industrieregion. Online verfügbar unter <https://www.internationale-bauausstellungen.de/geschichte/1989-1999-iba-emscher-park-zukunft-fuer-eine-industrieregion/>, zuletzt geprüft am 28.12.2025.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) (2024): Regionale Geburtenhäufigkeit. Online verfügbar unter <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/zusammengefasste-geburtensziffer-regional.html>, zuletzt geprüft am 29.01.2026.

Czierpka, Juliane (2021): Der Ruhrbergbau. Von der Industrialisierung bis zur Kohlekrise. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz. Bonn (Band 10751), S. 104-116.

Dahlbeck, Elke; Gärtner, Stefan; Best, Benjamin; Kurwan, Jenny; Wehnert, Timon; Beutel, Jannis (2021): Analyse des historischen Strukturwandels im Ruhrgebiet. (Fallstudie). Hg. v. Umweltbundesamt. IAT, Institut Arbeit und Technik; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Dessau-Roßlau.

Davis, Richard G. (2006): Bombing the European Axis powers. A historical digest of the combined bomber offensive, 1939-1945. Montgomery, Alabama. USA: Air University Press.

Emscher Genossenschaft Lippeverband (EGLV) (2018): Abschlussbericht. Integrale Wasserwirtschaft als Motor der Stadt- und Freiraumentwicklung in Herten. Essen.

Emscher Genossenschaft Lippeverband (EGLV) (2025): Emscher Genossenschaft. Blaugrünes Leben an der Emscher. Online verfügbar unter <https://www.eglv.de/emscher-lippe/emschergenossenschaft/>, zuletzt geprüft am 28.12.2025.

Fleischer, Nicole; Vallizadeh, Ehsan (2025): Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Juli 2025. Hg. v. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

Frankenberg, Dominik (2024): Demografiebedingte Risiken für die Tragfähigkeit der Kommunalhaushalte. In: Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.): So vielfältig der demografische Wandel, so verschieden die regionalen Herausforderungen und Anpassungsstrategien. Dezembertagung des DGD-Arbeitskreises „Städte und Regionen“ in Kooperation mit dem BBSR Bonn am 14. und 15. Dezember 2023 in Berlin. Berlin, Bonn: Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR), S. 67-78.

Haselbach, Dieter; Gerecht, Cerstin; Kirch, Susan (2011): Mit Kultur zur Metropole? Evaluation der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010. Hg. v. Zentrum für Kulturforschung (ZfKf) und ICG Culturplan. Bonn, Berlin.

Häuser, Wolfgang (2019): Schichtende: Abschied von der deutschen Steinkohle. Hg. v. C.H.Beck (WiSt Heft 4).

Hellwagner, Timon; Weber, Enzo (2024): Labor market adjustments to population decline: A historical macroeconomic perspective, 1875-2019. Nürnberg: Institute for Employment Research of the Federal Employment Agency (IAB-discussion paper, 2024, 5).

Hoffmann, Dierk (2021): Im Hochgeschwindigkeitszug durch den Strukturwandel. Deindustrialisierung in Ostdeutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz. Bonn (Band 10751), S. 46-57.

Jones, Charles I. (2022): The End of Economic Growth? Unintended Consequences of a Declining Population. In: *American Economic Review* 112 (11), S. 3489-3527.

Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2024): Kommunalfinanzbericht Ruhrgebiet 2024. „Haushaltsausgleich knapp erreicht – Infrastruktur in desolatem Zustand – neuer Schuldenaufbau“. Essen: Regionalverband Ruhr (RVR).

Kaschowitz, Judith; Müller, Cornelia; Winkler, Dorothee (2025): Ältere Menschen in größeren Städten – ein Blick auf die kleinräumige Infrastrukturausstattung. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 58 (7), S. 596-601.

Kleßmann, Christoph (1978): Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft. 1. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 30).

Köller, Mareike (2013): Baustellen Kommunen: Demografischer Wandel trifft auf kommunale Infrastruktur. Fokus Volkswirtschaft Nr. 30. Hg. v. KfW Bankengruppe - KfW Economic Research. Frankfurt am Main.

Landesdatenbank NRW (2025a): Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen - Gemeinden - Monat. 13211-03i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=13211-03i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157260977#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025b): Bevölkerungsstand nach Altersjahren (90) - Gemeinden - Stichtag. 12411-09i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12411-09i&bypass=true&levelindex=1&levelid=1769098825345#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025c): Bevölkerungsstand nach Nationalität und Geschlecht - Gemeinden - Stichtag. 12411-04i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12411-04i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769099202082#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025d): Kommunalprofil: Bevölkerungsbewegung - Zeitreihe (7 Jahre). 12612-9k05-G. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12612-9k05-G&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157334686#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025e): Privathaushalte nach Nationalität, Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers des Haushalts und Haushaltsgrößen (5) - kreisfreie Städte und Kreise - Jahr (2005-2019). 12211-9211i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12211-9211i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157614016#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025f): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) nach Art des Berufsabschlusses (4) und Geschlecht - kreisfreie Städte und Kreise - Stichtag. 13111-44i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online

verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=13111-44i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157144178#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025g): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) nach Nationalität und Geschlecht - Gemeinden - Stichtag. 13111-34i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=13111-34i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769252024845#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025h): Zu-/Fortgezogene aus dem/in das Ausland nach Altersgruppen (unter 18, 18-25, 25-30, 30-50, 50-65, 65 und mehr) - kreisfreie Städte und Kreise - Jahr. 12711-63i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12711-63i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157528156#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landesdatenbank NRW (2025i): Zu-/Fortgezogene über die Gemeinde-, Kreis-, Landesgrenzen, übrige Bundesländer und Ausland nach Altersgruppen (6) - kreisfreie Städte und Kreise - Jahr. 12711-73i. Hg. v. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw//online?operation=table&code=12711-73i&bypass=true&levelindex=0&levelid=1769157434801#abreadcrumb>, zuletzt geprüft am 31.12.2025.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) (1963): 1963: Vierspuriger Ausbau des Ruhrschnellweges. Archiv LWL, Bestand 115 (Pressemitteilungen), Bestand 110/213. Schleichweg wieder Schnellweg - Freigabe einer Verkehrsschlagader.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) (2014): Bergbau und Stahlindustrie. Hg. v. Stiftung Westfalen-Initiative. Online verfügbar unter https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/input_felder/langDatensatz_ebene4.php?urlID=279&url_tabelle=tab_websegmente, zuletzt geprüft am 26.12.2025.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2004): Gesetz über den Regionalverband Ruhr. RVRG, vom 01.11.2020. Online verfügbar unter https://www.rvr.ruhr/fileadmin/user_upload/01_RVR_Home/01_Politik_Regionalverband/Gesetzliche_Grundlagen/RVRG_Stand_01-11-2020.pdf, zuletzt geprüft am 04.02.2026.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2019): Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen Anhang 1: Zentrale Orte in Nordrhein-Westfalen. LEP NRW Anhang 1. Düsseldorf.

Lee, Ronald; Mason, Andrew (2010): Fertility, Human Capital, and Economic Growth over the Demographic Transition. In: *European Journal of Population / Revue européenne de Démographie* 26 (2), S. 159-182.

Leidinger, Paul (1999): Der Westfälische Hellweg als frühmittelalterliche Etappenstraße zwischen Rhein und Weser. In: *Westfälische Zeitschrift* (149).

Maretzke, Steffen (2024): Langfristige regionale Trends des demografischen Wandels in Deutschland bis 2050 im Spiegel der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. In: Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.): So vielfältig der demografische Wandel, so verschieden die regionalen Herausforderungen und Anpassungsstrategien. Dezentertagung des DGD-Arbeitskreises „Städte und Regionen“ in Kooperation mit dem BBSR Bonn am 14. und 15. Dezember 2023 in Berlin. Berlin, Bonn: Bundesinstitut für Bau Stadt- und Raumforschung (BBSR), S. 89-110.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) (Hg.) (o. J.): Strategie der Fachkräfteoffensive NRW. Online verfügbar unter <https://www.mags.nrw/fachkraefteoffensive-strategie>, zuletzt geprüft am 16.01.2026.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) (2024): Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Fachkräfteoffensive NRW. Hg. v. Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

NRW Bank (2024): Regionalwirtschaftliche Profile Nordrhein-Westfalen 2024. Ruhrgebiet (RVR). Hg. v. NRW.BANK. Düsseldorf.

Pinwinkler, Alexander (2006): „Bevölkerungsgeschichte“ in der frühen Bundesrepublik Deutschland: Konzeptionelle und institutionengeschichtliche Aspekte. Erich Keyser und Wolfgang Köllmann im Vergleich. *Historical Social Research*, 31(4), S. 64-100.

Preston, Samuel H.; Heuveline, Patrick; Guillot, Michel (2001): *Demography. Measuring and modeling population processes*. Oxford, Vereinigtes Königreich: Blackwell.

Raffer, Christian; Scheller, Henrik; Zahn, Frida von (2025): KfW-Kommunalpanel 2025. KfW Research. Hg. v. KfW Bankengruppe. Frankfurt am Main.

Regionalverband Ruhr (RVR) (o.J.): Staatliche Regionalplanung. Regionalpläne als zentrales Steuerungsinstrument zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Online verfügbar unter <https://www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/>, zuletzt geprüft am 23.01.2026.

Regionalverband Ruhr (RVR) (2021): Metropole Ruhr. Die Region in Zahlen. Essen.

Regionalverband Ruhr (RVR) (2024a): ARBEITSMARKTREPORT.RUHR. Aktuelle Trends und Entwicklungen. August 2024. Essen.

Regionalverband Ruhr (RVR) (2024b): ARBEITSMARKTREPORT.RUHR. Aktuelle Trends und Entwicklungen. Mai 2024. Essen.

Regionalverband Ruhr (RVR) (2024c): Regionalplan Ruhr. Regionalplan für das Verbandsgebiet des Regionalverbands Ruhr. Essen.

Regionalverband Ruhr (RVR) (2025): Statistikportal Ruhr. Demografie. Online verfügbar unter <https://statistikportal.ruhr/#Demografie>, zuletzt geprüft am 09.01.2026.

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) (2025): Reformen, die wirken? Die Umsetzung von aktuellen Migrations- und Integrationsgesetzen. Jahresgutachten 2025. Berlin.

Sahn, A. (1923): Wirtschaft und Verkehr im westfälischen Industriegebiet. In: Werner Lindner (Hg.): Das Land an der Ruhr. Reprint 2020. Berlin: De Gruyter, S. 58-62.

Schmid, Josef; Schmid, Susanne (2018): Bevölkerungswissenschaft. Hg. v. Gabler Wirtschaftslexikon. Online verfügbar unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungswissenschaft-28556/version-252184>, zuletzt geprüft am 20.12.2025.

Siedentop, Stefan (2015): Kommunale Infrastrukturkosten und Demographie. Kurzstudie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung für den Kommunalkongress am 16./17. März 2015. Hg. v. ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH und Bertelsmann Stiftung. Dortmund.

Starke, Tim (2021): Ausgabenseitige Effekte der demografischen Entwicklung auf die Kommunalfinanzen. In: *ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (4), S. 507-537.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (o. J.): Ausländische Bevölkerung. Bevölkerungsstand. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Glossar/auslaendische-bevoelkerung.html>, zuletzt geprüft am 25.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hg.) (2024a): Bevölkerung. Mehr Pflegebedürftige. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Hintergruende-Auswirkungen/demografie-pflege.html?>, zuletzt geprüft am 16.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024b): Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände. Schulden, Finanzvermögen. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/Tabellen/31-12-2023-jaehrliche-schulden-gemeinden-gemeindeverbaende.html>, zuletzt geprüft am 24.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025a): Bevölkerungsstand. Bevölkerung nach dem Gebietsstand und Durchschnitts-alter 1990 bis 2024. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerungsstand-gebietsstand-werte-basis-2022.html?nn=1413078>, zuletzt geprüft am 24.12.2025.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2025b): Gesundheitsausgaben in Pflegeeinrichtungen im Jahr 2023 um 6,3 % gestiegen. Pressemitteilung Nr. N025 vom 15. Mai 2025. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/05/PD25_N025_236.html, zuletzt geprüft am 16.01.2026.

Steinberg, Heinz Günter (1985): Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Verdichtungsraum im Wandel. Hg. v. Geographische Kommission für Westfalen. Münster.

Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets (2025): Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets. Bestand. Hg. v. Ruhr Universität Bochum. Online verfügbar unter <https://www.hgr.ruhr-uni-bochum.de/hgr/archiv/Bestand/rvr.html.de>, zuletzt geprüft am 12.01.2026.

Strulik, Holger (2024): Long-run economic growth despite population decline. In: *Journal of Economic Dynamics and Control* 168.

Theobald, Hildegard (2004): Care services for the elderly in Germany: infrastructure, access and utilisation from the perspective of different user groups. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH.

van de Kaa, Dirk J. (1987): Europe's second demographic transition. In: *Population bulletin* (Vol. 42, No. 1).

Weeks, John R. (2021): Population. An introduction to concepts and issues. 13. Aufl. Boston, MA, USA: Cengage Learning.

Wehrhahn, Rainer; Le Sandner Gall, Verena (2021): Bevölkerungsgeographie. 3., überarbeitete Auflage. Darmstadt: wbg Academic (Geowissenschaften kompakt).

Yahirun, Jenjira J. (2014): Take Me „Home“: Return Migration among Germany's Older Immigrants. In: *International Migration* 52 (4), S. 231-254.

Žamac, Jovan; Hallberg, Daniel; Lindh, Thomas (2010): Low Fertility and Long-Run Growth in an Economy with a Large Public Sector. In: *European Journal of Population / Revue européenne de Démographie* 26 (2), S. 183-205.

Zika, Gerd; Kalinowski, Michael; Krinitz, Jonas; Maier, Tobias; Mönnig, Anke; Schneemann, Christian et al. (2025): Forschungsbericht 670. Fachkräftemonitoring für das BMAS – Mittelfristprognose bis 2029. 670. Aufl. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin.

RUFIS

Ruhr-Forschungsinstitut
für Innovations- und Strukturpolitik e.V.

Universitätsstr. 150

44801 Bochum

WWW.RUFIS.DE